



Protokoll

58. Sitzung des Landrates des Kantons Basel-Landschaft

Liestal, 24. Juni 2010

09.00 – 12.30 Uhr

Abwesend Vormittag:

Schneeberger Daniela, Jordi Paul, Schweizer Hannes,
und Grossenbacher Stephan

Index

Mitteilungen	2017
Traktandenliste, zur	2017

Kanzlei

Mundschin Walter

Protokoll:

Laube Brigitta, Imwinkelried Barbara und Klee Alex

Traktanden

- 1 Wahl der Präsidentin des Landrates für das Amtsjahr vom 1. Juli 2010 bis 30. Juni 2011
gewählt Beatrice Fuchs 2017
- 2 Wahl des Präsidenten des Regierungsrates für das Amtsjahr vom 1. Juli 2010 bis 30. Juni 2011
gewählt Jörg Krähenbühl 2018
- 8 2010/221
Berichte des Regierungsrates vom 25. Mai 2010 und der Petitionskommission vom 15. Juni 2010: 21 Einbürgerungsgesuche
beschlossen 2019
- 9 2010/222
Berichte des Regierungsrates vom 25. Mai 2010 und der Petitionskommission vom 15. Juni 2010: 21 Einbürgerungsgesuche
beschlossen 2019
- 10 2010/116
Berichte des Regierungsrates vom 23. März 2010 und der Bau- und Planungskommission vom 3. Juni 2010: Einmietung der Kantonalen Verwaltung bei der Lüdin AG Druckerei an der Bahnhofstrasse 3, Liestal
beschlossen 2019
- 11 2010/181
Berichte des Regierungsrates vom 5. Mai 2010 und der Finanzkommission vom 10. Juni 2010: Nachtragskredite zum Budget 2010
beschlossen 2020
- 3 Wahl des Vizepräsidenten des Landrates für das Amtsjahr vom 1. Juli 2010 bis 30. Juni 2011
gewählt Urs Hess 2021
- 4 Wahl des Vizepräsidenten des Regierungsrates für das Amtsjahr vom 1. Juli 2010 bis 30. Juni 2011
gewählt Peter Zwick 2022
- 12 2010/146
Berichte des Regierungsrates vom 13. April 2010 und der Finanzkommission vom 3. Juni 2010: Überführung von zwei Temporärstellen in den Sollstellenplan und Bewilligung eines Nachtragskredits zur Erfüllung des gesetzlichen Auftrag der Archäologie Baselland
beschlossen 2022
- 13 2010/145
Berichte des Regierungsrates vom 13. April 2010 und der Finanzkommission vom 10. Juni 2010: Zusammenführung der Vorsorgelösungen für die Angestellten der Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW) und die Gewährung eines Kredits für Abfederungsmassnahmen
beschlossen 2024
- 5 Wahl von 5 Mitgliedern des Büros des Landrates für das Amtsjahr vom 1. Juli 2010 bis 30. Juni 2011
gewählt Jürg Degen, Daniela Gaugler, Marianne Hollinger, Elisabeth Augstburger und Isaac Reber 2026
- 6 Ersatzwahl eines Mitglieds des Oberrheinrates für den Rest der Amtsperiode vom 1. Juli 2010 - 30. Juni 2011
gewählt Daniel Münger 2026
- 7 2010/223
Bericht des Regierungsrates vom 25. Mai 2010: Nominati-on eines Landratsmitglieds in den Verwaltungsrat der BLT Baselland Transport AG für die Amtsperiode 2010 - 2013
gewählt Christine Gorrengourt 2027
- 14 2010/140
Berichte des Regierungsrates vom 30. März 2010 und der Finanzkommission vom 3. Juni 2010: ERP-Projekt Etappe 2 im Kanton Basel-Landschaft für die Bereiche Finanz-, Personalwesen und Logistik
beschlossen 2028
- 15 2010/120
Berichte des Regierungsrates vom 23. März 2010 und der Finanzkommission vom 10. Juni 2010: Erneuerung der Bewilligung des Staatsbeitrages an die REGIO BASILIEN-SIS (Interkantonale Koordinationsstelle und Verein) sowie an das Gemeinsame Sekretariat der Deutsch-französisch-schweizerischen Oberrheinkonferenz für die Jahre 2011 - 2014
beschlossen 2030
- 16 2010/083
Berichte des Regierungsrates vom 23. März 2010 und der Finanzkommission vom 10. Juni 2010: Staatsrechnung 2009
genehmigt 2032

Nicht behandelte Traktanden

17 2009/149

Motion der SP-Fraktion vom 28. Mai 2009: Ergänzungsleistungen für Familien

18 2009/174

Interpellation von Georges Thüring vom 11. Juni 2009: Medialer Stellenwert des Baselbiets wird immer kleiner! Schriftliche Antwort vom 13. April 2010

19 2009/225

Motion von Christoph Buser vom 10. September 2009: Zurückstufung der Tätigkeiten der Schweizerischen Steuerkonferenz auf die informelle Ebene

20 2009/227

Motion von Elisabeth Schneider vom 10. September 2009: Überarbeitung der Finanzkompetenz von Regierung und Landrat

Nr. 2020

Begrüssung, Mitteilungen

Landratspräsident **Hanspeter Frey** (FDP) bittet, die Türen zu schliessen und Platz zu nehmen. Er begrüsst alle Anwesenden, u.a. auch die MedienvertreterInnen und die zahlreich erschienenen Gäste auf der Tribüne recht herzlich zur 20. und letzten Sitzung des Amtsjahres. Die Sitzung ist neben den Wahlen insbesondere der Behandlung und Genehmigung der Jahresrechnung gewidmet.

– *Mitteilungen*

Rolf Gerber bittet, die Taggeldabrechnungen bis zum 30. Juni bei der Landeskantlei abzugeben, um deren Erledigung bis zu Anfang des zweiten Halbjahres gewährleisten zu können.

Alle Landratsmitglieder haben eine Einladung zur Velotour rund um den Napf erhalten. Insbesondere die sportlichen Parlamentarierinnen und Parlamentarier sind aufgefordert, rege daran teilzunehmen, «also massieren, Beine rasieren, und was sonst noch alles dazu gehört!», ulkt Hanspeter Frey. Anmeldeschluss ist der 31. Juli. Die Rundfahrt findet am 7. August 2010 statt.

Zur Zeit findet im Musikautomatenmuseum in Seewen eine Ausstellung unter dem Titel »Musik in der Zeit« statt, deren Besuch der Landratspräsident allen Parlamentsmitgliedern während der nun bevorstehenden, 1.5-monatigen ratslosen Zeit sehr empfehlen kann. Die Ausstellung dauert vom 22. Juni 2010 – 27. Februar 2011.

Weiter gratuliert Hanspeter Frey ganz herzlich Frau Zelal Dogrulmaz, welche u. a. bei den Zentralen Diensten der Landeskantlei mitwirkte, zum erfolgreichen Abschluss ihrer KV-Lehre. Sie wird heute Abend im Rahmen der Lehrabschlussfeier ihr Diplom in Empfang nehmen können.

[Applaus]

– *Entschuldigungen*

Schneeberger Daniela, Jordi Paul, Schweizer Hannes, und Grossebacher Stephan.

– *Stellvertretung im LR-Büro*

Da Daniela Gaugler nach ihrer Operation leicht manuell behindert ist, schlägt der Landratspräsident als heutigen Büroersatz Rosmarie Brunner vor.

://: Rosmarie Brunner ist stillschweigend als Tagesvertretung ins Büro gewählt.

Nr. 2021

Zur Traktandenliste

://: Der vorliegenden Traktandenliste wird stillschweigend zugestimmt.

Bei den Traktanden 1 – 7 handelt es sich um geheime Wahlen, erklärt der **Landratspräsident**. Zu diesem Zweck wird ein Wahlbüro bestimmt.

Wahlbüro

://: Folgende Personen werden als Mitglieder des Wahlbüros bestimmt:

Elisabeth Augstburger (EVP), Isaac Reber (Grüne) und Rolf Gerber, Landeskantlei

StimmzählerInnen

://: *Seite FDP/SVP:* Jürg Degen
Mitte/Büro: Urs Hess
SP /Grüne: Rosmarie Brunner

Für das Protokoll:

Brigitta Laube, Landeskantlei

*

Nr. 2022

1 Wahl der Präsidentin des Landrates für das Amtsjahr vom 1. Juli 2010 bis 30. Juni 2011

Dem Präsidenten der SP-Fraktion, **Daniel Münger** (SP), ist es eine grosse Ehre, Bea Fuchs für das Landratspräsidium vorzuschlagen. Die SP freut sich sehr und ist stolz darauf, mit Bea Fuchs eine Frau mit grosser politischer Erfahrung für dieses Amt stellen zu können. Beatrice Fuchs ist seit 1999 Mitglied des Landrates und hat in verschiedensten Kommissionen Einsitz genommen. Sie war neben ihrer landrätlichen Tätigkeit u.a. Stiftungsrätin des Tagesheim Allschwil wie auch Mitglied des Einwohnerrates und des Gemeinderates Allschwil. Daneben durfte sie den Oberrheinrat präsidieren und ist heute dessen Vizepräsidentin. Durch diese wie auch weitere politische Tätigkeiten ist Bea Fuchs geradezu prädestiniert für das Amt der Landratspräsidentin.

[Austeilung der Wahlzettel]

Nach der Auszählung der Wahlzettel durch das Wahlbüro kann **Landratspräsident Hanspeter Frey** (FDP) folgendes Resultat bekannt geben:

<i>Zahl der Stimmberechtigten:</i>	90
<i>Zahl der eingelegten Wahlzettel:</i>	86
<i>Zahl der leeren Wahlzettel:</i>	9
<i>Zahl der ungültigen Wahlzettel:</i>	0
<i>Zahl der gültigen Stimmen:</i>	77
<i>Absolutes Mehr:</i>	39

://: Gewählt ist mit **73 Stimmen: Beatrice Fuchs** (SP)

Andere: 4

[Applaus]

Gemeindepräsident **Anton Lauber** aus Allschwil gratuliert Bea Fuchs ganz herzlich zur Wahl als Landratspräsidentin und wünscht ihr im neuen Amt alles Gute. Als Vorgeschmack auf das gemeinsame Fest in Allschwil, zu dem alle herzlich eingeladen sind, spielt nun das Akkordeon-Ensemble der Musikschule Allschwil unter der Leitung von Roger Gisler ein kleines Ständchen.

[Nach dem Ständchen grosser Applaus]

Beatrice Fuchs (SP) bedankt sich herzlich bei den jungen Musikantinnen und Musikanten sowie ihrem Leiter und zeigt sich sehr erfreut, dass auch heute noch so viele Kinder Akkordeon spielen lernen.

– *Antrittsrede Beatrice Fuchs*

«Diese Wahl ist für mich nicht selbstverständlich. Ich habe in meiner politischen Arbeit schon einige Ämter übernehmen dürfen. Aber den Landrat in Zukunft präsidieren zu dürfen, ist mir eine ganz grosse Ehre. Und dass ich das Baselbiet an vielen Gelegenheiten repräsentieren darf, ist mir zudem eine grosse Freude. Diese Herausforderung nehme ich mit Begeisterung an und werde alles daran setzen, die ehrenvolle Arbeit mit viel Engagement und immer im Interesse unseres Kantons zu erfüllen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bedanke mich bei Euch für die heutige Wahl von ganzem Herzen. Ein besonderer Dank geht an meine Fraktion, die mich einstimmig nominiert hat – auch das ist nicht selbstverständlich. «Was, schon wieder Allschwil?», habe ich im letzten Jahr gehört [Heiterkeit]. Die Zusammenarbeit mit Hanspeter Frey hat immer sehr gut geklappt, und das sicher auch, weil wir uns politisch schon so lange kennen und auch gut verstehen. Wir sassen gemeinsam im Allschwiler Einwohnerrat, beide auf derselben Saalseite, von Hanspeter aus gesehen sicher auf der rechten Seite, aus meiner Warte natürlich auf der linken Seite. Politikerin und Politiker in der Schweiz sein zu dürfen, beinhaltet auch das Privileg, über Zeit zu verfügen – ein bekanntlich nicht unendliches, wertvolles Gut. Wir verfügen über Zeit, die wir uns für unsere politische Arbeit nehmen können und manchmal vielleicht auch nehmen müssen. Nicht zuletzt aber wird uns diese Zeit auch von unseren Angehörigen, Freunden und Arbeitgebern geschenkt. Schau ich hinauf zur Zuschauertribüne, so gibt es dort einige Menschen, denen ich persönlich ganz herzlich dafür danken möchte. Bedanken möchte ich mich auch beim Gemeinderat Allschwil für die Organisation des für heute Abend vorgesehenen tollen Festes, zu welchem alle herzlich eingeladen sind.

Nach der Sommerpause werden wir uns hier wieder – zum letzten Jahr der Legislatur – treffen und uns einer nie endenwollenden Traktandenliste annehmen. Für diese Aufgabe bin ich gerne während eines Jahres Vorsitzende des Baselbieter Landrates, und ich hoffe, dass wir das

kommende Amtsjahr mit Lust und einer Prise Humor, aber immer auch mit gegenseitigem Respekt gemeinsam angehen werden.

Besten Dank, und bis bald in Schwellheim!»

[Applaus]

Für das Protokoll:

Brigitta Laube, Landeskanzlei

*

Nr. 2023

2 Wahl des Präsidenten des Regierungsrates für das Amtsjahr vom 1. Juli 2010 bis 30. Juni 2011

Thomas de Courten (SVP), Präsident der SVP-Fraktion, schlägt für die Wahl zum Regierungspräsidenten für das kommende Legislaturjahr Regierungsrat Jörg Krähenbühl (SVP) vor. Jörg Krähenbühl steht heute am Ende seines dritten Regierungsjahres. Nach dieser Zeit darf man eine sehr positive Bilanz ziehen. Jörg Krähenbühl hat es fertig gebracht, insbesondere in der Baselbieter Energiepolitik neue Marksteine zu setzen. Er sorgt auch dafür, dass diverse Baustellen im Kanton von seiner Direktion vorangetrieben werden. Wie die letzten Abstimmungsergebnisse gezeigt haben, ist er auch in der Bevölkerung stark verankert. Seine Direktion arbeitet speditiv und gut. Jörg Krähenbühl ist aus Sicht der SVP bestens für das Amt geeignet und man bittet um Zustimmung zum Wahlvorschlag.

[Austeilung der Wahlzettel]

Der Landratspräsident gibt nach Auszählung der Wahlzettel folgendes Ergebnis bekannt:

<i>Zahl der Stimmberechtigten:</i>	90
<i>Zahl der eingelegten Wahlzettel:</i>	86
<i>Zahl der leeren Wahlzettel:</i>	18
<i>Zahl der ungültigen Wahlzettel:</i>	0
<i>Zahl der gültigen Stimmen:</i>	68
<i>Absolutes Mehr:</i>	35

://: Gewählt ist mit **65 Stimmen: Jörg Krähenbühl** (SVP)

Andere 3

[Applaus]

Für das Protokoll:

Brigitta Laube, Landeskanzlei

*

Nr. 2024

8 2010/221**Berichte des Regierungsrates vom 25. Mai 2010 und der Petitionskommission vom 15. Juni 2010: 21 Einbürgerungsgesuche**

Kommissionspräsidentin **Agathe Schuler** (CVP) fasst zusammen: Mit der Vorlage werden 21 Einbürgerungsgesuche vorgelegt. Die Petitionskommission beantragt einstimmig, den Bewerberinnen und Bewerbern das Kantonsbürgerrecht zu erteilen und die Gebühren gemäss den regierungsrätlichen Vorschlägen festzusetzen.

Keine weiteren Wortbegehren

://: Der Landrat stimmt den Einbürgerungen mit 62 : 8 Stimmen bei 8 Enthaltungen zu.
[Namenliste einsehbar im Internet; 09.16]

Für das Protokoll:
Brigitta Laube, Landeskanzlei

*

Nr. 2025

9 2010/222**Berichte des Regierungsrates vom 25. Mai 2010 und der Petitionskommission vom 15. Juni 2010: 21 Einbürgerungsgesuche**

Agathe Schuler (CVP) stellt voran, dass zwei der 21 Einbürgerungsgesuche von der Petitionskommission zurück gestellt worden sind. Es handelt sich einerseits um Gesuch Nr. 9; die bei der Behandlung des Gesuchs bevorstehende Geburt des zweiten Kindes ist nun erfolgt und dieses soll mit einbezogen werden in die Einbürgerung der Eltern – hierzu muss vorerst nochmals die Bürgergemeinde amten. Zum Gesuch Nr. 15 möchte die Petitionskommission noch eine Abklärung vornehmen. Betreffend die übrigen 19 Gesuche beantragt die Petitionskommission dem Landrat einstimmig, das Bürgerrecht zu erteilen und die Gebühren gemäss regierungsrätlichem Vorschlag festzusetzen.

Keine weiteren Wortbegehren

://: Der Landrat stimmt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts an die Gesuchstellenden mit 62 : 11 Stimmen bei 6 Enthaltungen zu; davon ausgenommen sind die Gesuche Nr. 9 und 15.
[Namenliste einsehbar im Internet; 09.18]

Für das Protokoll:
Brigitta Laube, Landeskanzlei

*

Nr. 2026

10 2010/116**Berichte des Regierungsrates vom 23. März 2010 und der Bau- und Planungskommission vom 3. Juni 2010: Einmietung der Kantonalen Verwaltung bei der Lüdlin AG Druckerei an der Bahnhofstrasse 3, Liestal**

Kommissionspräsident **Rolf Richterich** (FDP) meint kurz und bündig: No comment.

Martin Rüegg (SP) gestattet sich immerhin ein paar Worte: Der Bedarf und Wunsch der Schlichtungsstelle nach dieser Ausquartierung ist seines Erachtens absolut nachvollziehbar und berechtigt. Die Verhältnisse erinnern ein bisschen an diejenigen, welche das Kantonsgericht – jenseits des Parkplatzes – alle Tage bewältigen muss; auch dort wartet man seit Längerem auf eine Verbesserung der Situation. Warum nun die Gesundheitsförderung ihren Standort verlassen muss, obwohl die Räumlichkeiten anschliessend leer stehen, ist nicht ganz nachvollziehbar. Geht es aber darum, dass Regierungsrat Peter Zwick nicht ganz allein im Hauptsitz verweilen muss, so hat man ein gewisses Verständnis – und soll mit diesem Sitzwechsel allenfalls auch die Gesundheitsförderung aufgewertet werden, dann umso besser! Die SP ist für Eintreten und Zustimmung zu dem Geschäft.

Daniela Gaugler (SVP) und die SVP-Fraktion sind einstimmig für Eintreten und Zustimmung, im Übrigen habe – wenn auch nicht der Kommissionspräsident, so doch – Martin Rüegg bereits alles gesagt.

Romy Anderegg (FDP) führt aus: Die insgesamt 10 Dienststellen der VGD sind auf zahlreichen Standorte in Liestal verteilt, und das wird auch in den nächsten Jahren so bleiben. Eine optimale Lösung wäre natürlich ein Verwaltungsneubau, in welchem alle Verwaltungsstellen konzentriert unter einem Dach Platz fänden. Das Projekt hat aber im gegenwärtigen Investitionsprogramm keinen Platz, da schlicht das Geld dafür fehlt. Daher ist es sinnvoll und zweckmässig, dass sich die VGD an diesem idealen Standort zusätzlich einmietet, um so die notwendigen Räumlichkeiten abzudecken. Die FDP ist wie die BPK einstimmig für die Vorlage.

Felix Keller (CVP) hat dem 'Votum' von Rolf Richterich nichts beizufügen; alles Notwendige findet sich im Bericht. Die CVP-/EVP-Fraktion schliesst sich dem Antrag der BPK an.

Keine weiteren Wortbegehren

Landratsbeschluss (im Anhang zum Kommissionsbericht)

*Titel und Ingress**Ziffer 1**Ziffer 2**Ziffer 3**Ziffer 4*

zu allen keine Wortbegehren

://: Kein Rückkommen

://: Der Landrat stimmt der Vorlage 201/116 mit 82 : 0 Stimmen ohne Enthaltungen zu.
[Namenliste einsehbar im Internet; 09.22]

Landratsbeschluss

betreffend Einmietung der Kantonalen Verwaltung bei der Lüdin AG, Druckerei Liestal an der Bahnhofstrasse 3, Liestal

vom 24. Juni 2010

Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft beschliesst:

1. Der neuen Einmietung für die Kantonale Verwaltung bei der Lüdin AG, Druckerei Liestal an der Bahnhofstrasse 3, Liestal wird zugestimmt.
2. Die ab 01. Juli 2010 jährlich anfallenden Vollkosten für das Erdgeschoss Bürogebäude Bahnhofstrasse 3, Liestal von CHF 97'920.- werden bewilligt.
3. Die einmalig anfallenden Ausgaben für den Mieterausbau und Mobiliar in der Höhe von CHF 100'000.- werden genehmigt.
4. Die Ziffer 2 dieses Beschlusses untersteht gemäss § 31 Absatz 1 Buchstaben b der Kantonsverfassung der fakultativen Volksabstimmung.

Für das Protokoll:

Brigitta Laube, Landeskanzlei

*

Nr. 2027

11 2010/181

Berichte des Regierungsrates vom 5. Mai 2010 und der Finanzkommission vom 10. Juni 2010: Nachtragskredite zum Budget 2010

Landratspräsident **Hanspeter Frey** (FDP) bittet vorweg, folgende Mitteilung zu Punkt «3. Nachtragskredite» im Kommissionsbericht zur Kenntnis zu nehmen: Die Regierung zieht folgenden Nachtragskredit zurück: «2304 Hochbauamt, Arlesheim, Polizeiposten, Einmietung Schoren Mehraufwand: Fr. 100'000.–».

Marc Joset (SP) führt aus: Im Finanzhaushaltsgesetz ist festgeschrieben, dass der Regierungsrat dem Landrat rechtzeitig Nachtragskreditbegehren unterbreiten muss, wenn das Budget für eine Aufgabe keinen – oder keinen genügenden – Kredit enthält. Gleichzeitig informiert der Regierungsrat über die voraussichtliche Entwicklung des laufenden Haushalts. Zu den Nachtragskrediten:

Einmietung Polizeiposten im Schoren-Areal Arlesheim

Der Kredit wird nun offenbar von der Regierung zurück gezogen. Die Kommission ihrerseits empfiehlt, den Kredit abzulehnen. Wegen Verzögerungen beim Projekt «Werkhof-Überbauung» in Reinach wurden Alternativstandorte geprüft und es ist mit dem Standort «Schoren» in Arlesheim offenbar auch eine gute Alternative gefunden worden. Die Finanzkommission ist der Meinung, es müsse zuerst das Gespräch mit der Gemeinde Reinach gesucht

werden. Zudem handelt es sich um einen grundsätzlichen, polizeistrategischen Entscheid, den man nicht mit einem Beschluss zu diesem Nachtragskredit beeinflussen möchte. Ein Nein zum Kredit bedeutet aber auch nicht, dass keine weiteren Abklärungen vorgenommen werden sollen. Daher beantragt die Finanzkommission mit 9:2 Stimmen, den Nachtragskredit von 100'000.- Franken abzulehnen.

Einmietung der Schul- und Büromaterialverwaltung, der Hauptabteilung Museum und Archäologie und des Amtes für Berufsbildung und Berufsberatung im Valora-Gebäude in Muttenz

Die Kommission ist mehrheitlich der Meinung, dass die Projektierung an die Hand genommen werden soll, und man beantragt mit 8:0 Stimmen bei 3 Enthaltungen, dem Nachtragskredit von 100'000.- Franken zuzustimmen.

Sanierung Rechenzentrum im BGV-Gebäude

Die Planungskosten für diese Sanierung sind fälschlicherweise im Investitionsprogramm budgetiert gewesen. Die FIK beantragt Zustimmung zum Nachtragskredit von 300'000.- Franken.

Bauschadstoffe-Situation

Viele kantonseigene Gebäude wurden von der SUVA neu eingestuft und müssen dringend saniert werden. Es müssen dazu Experten beigezogen und Analysen über den Ist-Zustand gemacht werden. In der Finanzkommission waren die Meinungen über die Dringlichkeit geteilt. Mit Stichentscheid des Kommissionspräsidenten empfiehlt die Finanzkommission Zustimmung zum Nachtragskredit von 250'000.- Franken.

Finanzierung im Zusammenhang mit dem Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Familienzulagen

Es handelt sich hier um eine gebundene Ausgabe, die irrtümlicherweise nicht budgetiert wurde. Man empfiehlt Zustimmung zum Nachtragskredit.

Zum Kommentar der Regierung zur Entwicklung des laufenden Haushalts

Die Finanzkommission hat zur Kenntnis genommen, dass nach jetziger Beurteilung die laufende Rechnung dieses Jahres um 14 Millionen Franken höher ausfallen könnte als budgetiert.

Peter Brodbeck (SVP) und die SVP haben am Vormittag beschlossen, der von der Regierung vorgelegten Vorlage zuzustimmen. Nachdem die Regierung nun den Nachtragskredit «2304 Hochbauamt, Einmietung Schoren» zurück zieht, erübrigt sich eine Ausführung darüber, warum man im Gegensatz zur Kommission dem Antrag zugestimmt hätte. Die SVP stimmt den vorliegenden Anträgen zu.

Mirjam Würth (SP) möchte von der Regierung vorweg wissen, ob nun mit dem Rückzug des Nachtragskredits die Projektierung für die Einmietung des Polizeipostens im Schoren-Areal aus der laufenden Rechnung bezahlt werden soll oder ob das Projekt gestorben ist.

Im Übrigen wird die SP-Fraktion dem Kommissionsantrag folgen.

Auch die FDP kann dem so abgeänderten Landratsbeschluss zustimmen, vermeldet **Marianne Hollinger** (FDP), obwohl man sich auch hätte vorstellen können, dass die geplanten Sanierungsarbeiten in Bezug auf Asbest- und Bauschadstoffe ins laufende Budget aufgenommen werden. Die Sanierungsarbeiten haben aber jedenfalls zu erfolgen; man kann sich daher anschliessen stimmt dem vorliegenden Antrag zu..

Rita Bachmann (CVP) und die CVP-/EVP-Fraktion wird allen Anträgen zustimmen. Betreffend Schoren hätte man gewisse Sympathien für das Projekt gehabt. Nun weiss man aber von dem Rückzug, und es ist gut so. Was den Nachtragskredit im Immobilienportfolio betrifft, sollte man möglichst rasch Klarheit über den Umfang der asbestbelasteten Gebäude haben, um auch die notwendigen Konsequenzen bezüglich möglicher und zwingender Sanierungen abschätzen zu können.

Klaus Kirchmayr (Grüne) hat den Ausführungen des Kommissionspräsidenten nichts hinzuzufügen. Die Grünen stimmen dem abgeänderten Antrag zu.

Regierungsrätin **Sabine Pegoraro** (FDP) beantwortet Mirjam Würths Frage: Das Projekt ist nicht gestorben. Der Nachtragskredit beinhaltet lediglich das Honorar für die Planungskosten. Diese sollen, soweit nötig und möglich, aus dem ordentlichen Budget bestritten werden. Anfang nächstes Jahr wird dem Landrat eine Kreditvorlage zugeleitet werden, in welcher das Projekt detailliert beschrieben und begründet ist. Anschliessend könne der Landrat 'en connaissance' aller Details und Begründungen darüber befinden.

Ruedi Brassel (SP) meint lakonisch, es sei schön, dass die Regierung die Entscheidung 'en connaissance des causes' abhandeln lassen will und hofft, dass auch die Gemeinde unterdessen en connaissance des causes ist.

Landratsbeschluss (von der Kommission abgeändert)

<i>Titel und Ingress</i>	keine Wortbegehren
<i>2304 Hochbauamt</i>	keine Wortbegehren
<i>2201 KIGA Baselland</i>	keine Wortbegehren

Schlussabstimmung

://: Der Landrat stimmt dem von der Kommission abgeänderten Landratsbeschluss mit 78 : 2 Stimmen und 1 Enthaltung zu.
[Namenliste einsehbar im Internet; 09.32]

Landratsbeschluss betreffend Nachtragskreditbegehren zum Budget 2010

vom 24. Juni 2010

Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft beschliesst:

Dem folgenden Antrag zur Änderung der Laufenden Rechnung 2010 wird zugestimmt:

Mehraufwand
in Franken

2304 Hochbauamt

3132 0 000 Honorare externe Berater,
Gutachter, Fachexperten

650'000

2201 KIGA Baselland

3633 0 000 Beiträge an
öffentliche Sozialversicherungen

600'000

Für das Protokoll:

Brigitta Laube, Landeskanzlei

*

Nr. 2028

3 Wahl des Vizepräsidenten des Landrates für das Amtsjahr vom 1. Juli 2010 bis 30. Juni 2011

SVP-Fraktionspräsident **Thomas de Courten** (SVP) schlägt namens seiner Fraktion zur Wahl des Vizepräsidenten für das nächste Amtsjahr Urs Hess aus Pratteln vor. Urs Hess ist seit 2003 Mitglied des Landrates und seit dieser Zeit auch Mitglied des Büros. Aus dieser Perspektive hat er schon oft die Nähe und den Blick auf das Vizepräsidium gehabt und konnte sich dabei gewisse Erfahrungen aneignen. Urs Hess steht als Person immer mit Überzeugung für seine Werte und politischen Ziele ein und findet gleichzeitig stets den richtigen Ton, so dass man ihm zuhört. Auch zeichnet er sich durch gesunden Menschenverstand aus, womit politisch tragfähige Lösungen möglich werden. Die SVP ist überzeugt, dass er mit diesen Eigenschaften auch das Vizepräsidium ausfüllen wird. Thomas de Courten bittet das Ratkollegium um Unterstützung der Wahl von Urs Hess.
[Austeilung der Wahlzettel]

Nach Auszählung der Wahlzettel gibt der **Landratspräsident** folgendes Ergebnis bekannt:

<i>Zahl der Stimmberechtigten:</i>	90
<i>Zahl der eingelegten Wahlzettel:</i>	85
<i>Zahl der leeren Wahlzettel:</i>	9
<i>Zahl der ungültigen Wahlzettel:</i>	0
<i>Zahl der gültigen Stimmen:</i>	76
<i>Absolutes Mehr:</i>	39

://: Gewählt ist mit **71 Stimmen: Urs Hess** (SVP)

Andere 5

Für das Protokoll:

Brigitta Laube, Landeskanzlei

Nr. 2029

4 Wahl des Vizepräsidenten des Regierungsrates für das Amtsjahr vom 1. Juli 2010 bis 30. Juni 2011

Elisabeth Schneider, Präsidentin der CVP-/EVP-Fraktion, schlägt im Namen ihrer Fraktion Peter Zwick zur Wahl als Vizepräsident vor. Peter Zwick hat sich in den letzten drei Jahren mit grossem Engagement in die Belange der Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion eingearbeitet sich dabei verdient gemacht.

Grosse gesundheitspolitische Veränderungen stehen an. Der Neubau des Bruderholzspitals, die Integration des Spitals Laufen ins Bruderholzspital, der Umgang der Spitäler mit DRG sind nur einige 'Highlights'. Peter Zwick stellt sich diesen Herausforderungen und packt sie aktiv an. Doch auch die Volkswirtschaft liegt Peter Zwick am Herzen. Die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft, insbesondere mit den KMU, konnte während seiner Amtszeit intensiviert und damit die Standortattraktivität verbessert werden. Seine Fähigkeit, Kontakte zu knüpfen und zu unterhalten, kommt ihm stark entgegen. Peter Zwick hat keine Berührungsängste gegenüber anderen Ansichten und Überzeugungen und ist offen für Neues – eine Eigenschaft, die eine Regierung heute braucht, um tragfähige und grenzüberschreitende Lösungen finden zu können. Elisabeth Schneider bittet, Peter Zwick als Vizepräsidenten der Regierung die Stimme zu geben.

Nach Auszählung der Wahlzettel gibt Landratspräsident **Hanspeter Frey** (FDP) folgendes Ergebnis bekannt:

Zahl der Stimmberechtigten:	90
Zahl der eingelegten Wahlzettel:	84
Zahl der leeren Wahlzettel:	9
Zahl der ungültigen Wahlzettel:	0
Zahl der gültigen Stimmen:	75
Absolutes Mehr:	38

://: Gewählt ist mit **72 Stimmen: Peter Zwick** (CVP)

Andere 3

Für das Protokoll:
Brigitta Laube, Landeskanzlei

*

Nr. 2030

12 2010/146

Berichte des Regierungsrates vom 13. April 2010 und der Finanzkommission vom 3. Juni 2010: Überführung von zwei Temporärstellen in den Sollstellenplan und Bewilligung eines Nachtragskredits zur Erfüllung des gesetzlichen Auftrags der Archäologie Baselland

Wie Kommissionspräsident **Marc Joset** (SP) ausführt, geht es darum, die Stellen zweier langjähriger Temporärarbeiter der Archäologie Baselland in den Sollstellenplan zu überführen. Mit dieser Umlagerung könnten die jährlichen Mehrkosten für den Personaldienstleister eingespart werden.

Die archäologischen Grabungen haben sich in den letzten 15 Jahren verzehnfacht, während der Personalbestand

gleich geblieben ist. Jährlich muss bei rund 2'500 Baugesuchen abgeklärt werden, ob archäologische oder bauhistorische Substanz gefährdet ist. Pro Jahr werden dann ca. 12 grössere Notgrabungen und 10 archäologische Bauuntersuchungen ausgelöst. Das sind je länger je mehr grossflächigere Grabungen, vor allem in den alten Siedlungskernen.

Der Finanzkommission ist versichert worden, dass die Kantonsarchäologie nicht über ihren gesetzlichen Auftrag hinaus tätig ist. Wenn der Landrat findet, dass weniger gegraben werden soll, müsste das Gesetz geändert werden.

Die Finanzkommission beantragt dem Landrat mit 11:1 Stimmen bei einer Enthaltung, dem Landratsbeschluss betreffend die Überführung von zwei Temporärstellen in den Sollstellenplan und Bewilligung eines Nachtragskredits zur Erfüllung des gesetzlichen Auftrags der Archäologie Baselland zuzustimmen.

Ruedi Brassel (SP) stellt fest, dass wir wachsen, bauen und gleichzeitig wollen, dass weniger auf der grünen Wiese, sondern verdichtet gebaut wird. Das hat zur Folge, dass heute im Siedlungsbereich Neubauten beispielsweise in alten Baumgärten erstellt werden. Es handelt sich um Bereiche, in denen schon früher Ansiedelungen stattgefunden hatten und für die es nun gilt, archäologische Abklärungen zu treffen. In letzter Zeit sind dabei auch sensationelle archäologische Kenntnisse gewonnen worden, die – über die Archäologie hinaus – für die Siedlungsgeschichte der Dörfer von zentraler Bedeutung sind. Solche Vorgänge sind möglich und nötig geworden, weil im Kanton Baselland ein neues Archäologieggesetz gilt und weil man beim verdichteten Bauen auf diese Siedlungsspuren stösst.

Dafür braucht es Personal. Dieses ist bereits beansprucht worden, und die Vorlage will eine Überführung in eine definitive Regelung erreichen, welche sogar kostensenkend wirken kann. Es handelt sich um keine Mehrausgabe. Vielmehr wird dadurch eine klare und berechenbare Organisation ermöglicht, und das Know-how in der Archäologie bleibt so längerfristig erhalten.

Es handelt sich um eine sinnvolle Vorlage, mit welcher der Landrat den Hüftschuss, den er bei der Budgetdebatte abgegeben hatte, korrigieren kann.

Ruedi Brassel bittet, der Vorlage zuzustimmen.

Peter Brodbeck (SVP) stellt fest, dem Landrat sei bei der Genehmigung des neuen Archäologieggesetzes im Jahr 2002 wahrscheinlich nicht bewusst gewesen, dass damit die Grabungsarbeiten massiv ansteigen würden. Ob diese so notwendig sind oder nicht, ist eine andere Frage.

Im Wissen, dass die Grabungen zunehmen, hätte dann zumal davon ausgegangen werden müssen, dass es weiteres Personal braucht, und die entsprechenden Stellen hätten bereits im Rahmen der damaligen Vorlage beantragt werden sollen. Da dies nicht der Fall war, sind die entsprechenden Mittel für diese Stellen bislang dem Sachaufwand entnommen worden. Jetzt wird das Ganze offengelegt, und die Stellen sollen in den Stellenplan übergeführt werden.

Die SVP ist mit diesem Vorgehen nicht einverstanden und kann der Vorlage nicht zustimmen. Wenn der gesetzliche Auftrag damit nicht mehr erfüllt werden kann, muss das Gesetz geändert werden. Gegebenenfalls muss ein Vorstoss in diese Richtung unternommen werden.

Der Personalbedarf ist vor allem mit den technischen Anforderungen, welche die Grabungstätigkeit stellt, begründet worden. Es ist davon auszugehen, dass diese Anforderungen bereits vor Jahren bekannt gewesen waren – damals hätte die Situation offengelegt werden können. Das hätte die Gelegenheit gegeben, sich zu überlegen, ob dem Gesetz in dieser Form zugestimmt werden sollte.

Siro Imber (FDP) teilt mit, seine Fraktion halte an dem vom Landrat beschlossenen Stellenstopp fest. Innerhalb der BKSD wären genug Reserven und Personal vorhanden, um entsprechende Priorisierungen vorzunehmen. Die FDP hatte nichts gegen die Temporärstellen einzuwenden. Eine Aufstockung im Sollstellenplan zöge aber aus Sicht der FDP ein ungewolltes Perpetuieren nach sich. Es ist schade, dass das Personal die politischen Verschiebungen ausbaden muss, denn dieses leistet sicher sehr gute Arbeit und zeigt viel Engagement. Anhand eines Balkendiagramms [*das Siro Imber projiziert*], ist erkennbar, dass sich die Ausgrabungen seit Inkrafttreten des neuen Gesetzes – vergleicht man den Minimal- und den Maximalwert – fast um Faktor 14 erhöht haben. Es ist auch zu fragen, ob der Kanton Baselland vor zehn oder zwanzig Jahren im Vergleich zu heute so viel weniger Grabungsschätze aufzuweisen hatte, dass die Grabungstätigkeit gegenüber heute um Faktor 10 geringer ausfiel.

Die Rede ist stets vom gesetzlichen Auftrag. § 1 des Archäologiegesetzes besagt Folgendes:

«Dieses Gesetz bezweckt den Schutz und die Erforschung archäologischer Stätten, archäologischer Zonen und beweglicher archäologischer Objekte.»

In § 3 findet sich die Definition der Schutzobjekte:

«Schutzobjekte sind ortsfeste archäologische Stätten und Zonen sowie bewegliche archäologische Objekte aus dem Kantonsgebiet, die aufgrund ihres wissenschaftlich-archäologischen Wertes als Bestandteile des kulturellen Erbes von Bedeutung sind.»

Viel schwammiger lässt sich der gesetzliche Auftrag nicht mehr formulieren – es handelt sich um Allgemeinplätze. Den Behörden wird damit ein zu grosser Ermessensspielraum gewährt. Dieser kann ausgenützt werden, indem eben sehr viel oder sehr wenig gegraben wird. Es kann nicht sein, dass der Sollstellenplan mit dem Argument des bestehenden gesetzlichen Auftrags erhöht werden soll, wenn es im Ermessen der Behörden liegt, wie dieser gesetzliche Auftrag zu erfüllen ist.

Am Bestehenden soll festgehalten werden. Es kann, wie früher, eine Temporärlösung getroffen werden, um die Schwankungen aufzufangen. Dann gilt es, wie die GPK einmal hat verlauten lassen, den gesetzlichen Auftrag zu konkretisieren oder das Ermessen entsprechend auszunutzen.

Sabrina Mohn (CVP) erklärt, die CVP/EVP-Fraktion sei nicht besonders glücklich darüber, dass es überhaupt zu dieser Vorlage habe kommen müssen.

Es ist der falsche Zeitpunkt, um jetzt über den gesetzlichen Auftrag zu diskutieren.

Die Fraktion sieht die Notwendigkeit des Nachtragskredits ein und stimmt diesem einstimmig zu.

Gemäss **Klaus Kirchmayr** (Grüne) hat der Kommissionspräsident das Thema sehr gut ausgeführt; auch Regierungspräsident Urs Wüthrich ist zu danken, dass er das Geschäft sehr fundiert dargelegt hat – solches wäre auch

in der Budgetberatung wünschenswert gewesen.

Die Grünen sind auch der Ansicht, dass jetzt nicht der Zeitpunkt gegeben ist, um über die gesetzliche Grundlage zu diskutieren. Im Übrigen kommt die Lösung mit Temporärstellen am Schluss teurer zu stehen als die Lösung mit Festangestellten.

Der Landrat ist deshalb aufgerufen, die Schritte für eine Gesetzesänderung einzuleiten, sofern dies angestrebt wird, aber jetzt ist der zweckmässigeren Lösung einer Sollstellenaufstockung zuzustimmen. Die Grünen werden jedenfalls zustimmen.

Regierungspräsident **Urs Wüthrich** (SP) hat den Kommissionsbericht ernst genommen und ist davon ausgegangen, dass er heute eigentlich nichts mehr zu diesem Geschäft sagen müsse. Wie er nun feststellt, hat dessen Verbindlichkeit stark abgenommen, weshalb er drei Bemerkungen anbringt:

1. Die Zahlen, auch was die Sachkredite angeht, wurden immer offengelegt. Das Parlament hatte stets Klarheit darüber, wofür welche Kosten investiert werden.
2. Wenn das Parlament den Vorschlag, Gleiches zu einem günstigeren Preis einzukaufen, ablehnt, so ist dies als Signal problematisch. Ebenso problematisch ist es, wenn das Parlament fordert, es seien auf Vorrat Stellen zu schaffen. Es erscheint sinnvoll, ein Vorgehen zu wählen, welches es erlaubt, mit einem flexiblen Modell – den Temporärstellen – zunächst Erfahrungen zu sammeln und anschliessend Stellen zu schaffen.
3. Der Regierungspräsident war der Auffassung gewesen, dass der Landrat dem Irrtum, dem er bei der Budgetberatung erlegen war – ursprünglich wollte dieser eigentlich eine andere Position streichen –, nun korrigieren will. Deshalb hofft und erwartet er, dass der Landrat das Gesetz tatsächlich präzisieren wird. Für schwammige Formulierungen ist das Parlament zuständig – dies an die Adresse Siro Imbers. Schliesslich ist festzuhalten, dass nicht mittels Kreditverschiebung operiert werden kann. Aufgrund der Bestimmungen des Finanzhaushaltsgesetzes bedeutet die damalige Budgetkürzung, dass das Geld weg ist. Darum geht es heute um den Entscheid, ob die notwendigen Arbeiten weitergeführt werden können oder nicht.

Keine weiteren Wortbegehren.

– *Detailberatung*

Keine Wortbegehren.

– *Rückkommen*

Rückkommen wird nicht verlangt.

– *Beschlussfassung*

://: Der Landrat stimmt der Überführung von zwei Temporärstellen in den Sollstellenplan und der Bewilligung eines Nachtragskredits von Fr. 200'000 zu Gunsten der Archäologie Baselland mit 48:31 Stimmen bei einer Enthaltung zu.

[Namenliste einsehbar im Internet; 10.11]

**Landratsbeschluss
betreffend Bewilligung eines Nachtragskredits zur
Erfüllung des gesetzlichen Auftrags der Archäologie
Baselland**

vom 24. Juni 2010

Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft beschliesst:

Das Budget 2010 wird per Nachtragskredit wie folgt geändert:

2512 Amt für Kultur, Mehraufwand Personal CHF 200'000

Für das Protokoll:

Barbara Imwinkelried, Landeskanzlei

*

Nr. 2031

13 2010/145

**Berichte des Regierungsrates vom 13. April 2010 und
der Finanzkommission vom 10. Juni 2010: Zusammen-
führung der Vorsorgelösungen für die Angestellten
der Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW) und
die Gewährung eines Kredits für Abfederungsmass-
nahmen**

Gemäss Kommissionspräsident **Marc Joset** (SP) ist im Staatsvertrag über die Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW) aus dem Jahre 2006 vorgesehen, dass spätestens fünf Jahre nach der Gründung der FHNW eine gemeinsame Vorsorgelösung für alle Mitarbeitenden zu schaffen ist.

Die Finanzkommission begrüsst es, dass die Wahl auf die Basellandschaftliche Pensionskasse (BLPK) gefallen ist und dass die vorgeschlagene Lösung – es ist ein Kompromiss – von den Sozialpartnern akzeptiert worden ist. Diese Besitzstandslösung ist schon im Jahr 2008 beim Primatswechsel von der Aargauischen Pensionskasse angewendet worden und soll folgerichtig für alle Mitarbeitende gelten.

Für die Finanzkommission ist die Lösung insofern beachtenswert, als sie mit Blick auf die Sanierung der kantonalen Pensionskasse eine tendenziell präjudizierende Wirkung haben könnte.

Von Regierungsseite wird dazu präzisiert, dass schon durch die Abfederungsmassnahmen bei den Rheinhäfen und bei der Gründung der Nationalstrassen Nordwestschweiz AG (NSNW AG) ein Präjudiz geschaffen worden sei.

Die Finanzkommission erachtet den Wechsel vom Leistungs- zum Beitragsprimat als grundsätzlich richtig, gerade in einem Bereich mit unterschiedlichen Arbeitspensen, wie dies bei der Fachhochschule der Fall ist. Allerdings bringt das für die langjährigen Mitarbeiter Nachteile. Ein Härteausgleich erscheint sinnvoll. Der Vorschlag entspricht einer partnerschaftlichen Lösung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die auch in der Privatwirtschaft üblich ist.

Die Finanzkommission beantragt dem Landrat mit 10:0 Stimmen bei 2 Enthaltungen, dem Landratsbeschluss betreffend die Zusammenführung der Vorsorgelösungen für die Angestellten der FHNW und die Gewährung eines Kredits für Abfederungsmassnahmen zuzustimmen.

Mirjam Würth (SP) schickt voraus, ihre Fraktion begrüsse die Vorlage und schliesse sich der Empfehlung der Finanzkommission an. Dies insbesondere deshalb, weil alle Sozialpartner mit der Lösung einverstanden sind und weil ein kleiner Ausgleich geschaffen werden kann, indem die Rentner auch ihren Beitrag leisten müssen – ihnen wird nämlich kein garantierter Teuerungsausgleich mehr gewährt.

Die SP wird dem Antrag zustimmen.

Hans-Jürgen Ringgenberg (SVP) stellt fest, es müsse eine Lösung gefunden werden, damit der Übertritt in die neue Pensionskasse vertragsgemäss per 1.1.2011 erfolgen kann.

Es waren vor allem die Abfederungsmassnahmen, die zu diskutieren gaben. Man kann sich darüber streiten, ob die vorgeschlagene Lösung zu weit geht oder nicht.

Die SVP sorgt sich, dass damit ein Präjudiz im Hinblick auf die Sanierung der gesamten BLPK geschaffen wird, indem auch den übrigen Arbeitnehmenden ähnliche Leistungen oder Abfederungen gewährt bzw. von diesen gefordert werden. Das Ganze ist durch das Argument relativiert worden, dass bereits bei den Schweizerischen Rheinhäfen ein Präjudiz geschaffen worden sei, ebenso bei der NSNW AG. Der Weg ist leider also schon vorgegeben, und es besteht keine Möglichkeit, frei und ohne Vorbelastungen zu entscheiden – ein Umstand, den die SVP bedenklich findet.

Als richtig und wichtig erachtet es die SVP, dass die neue Lösung einen Wechsel vom Leistungs- auf das Beitragsprimat beinhaltet. Sie weist aber darauf hin, dass dieser Wechsel an sich noch keine Sanierung ausmacht.

Das FHNW-Vorsorgewerk soll durch die BLPK geführt werden, was die SVP selbstverständlich begrüsst. Sie betrachtet dies als Vertrauensbeweis, und der quantitative Ausbau der BLPK ist als positiv zu werten.

Auch wenn darauf hingewiesen wird, dass es sich nicht um eine Maximal-, sondern um eine Kompromisslösung handelt, ist diese doch alles in allem sehr komfortabel für die Mitarbeitenden und kostet den Kanton immerhin 5,417 Mio. Franken.

Die SVP fordert ultimativ, dass die Resultate der Arbeitsgruppe und die entsprechende regierungsrätliche Vorlage, welche die generelle Sanierung der BLPK zum Ziel hat, endlich vorgelegt werden. Es wird Einzellösung um Einzellösung – und damit ein Präjudiz um andere – geschaffen. Damit besteht die Gefahr, dass der Blick aufs Ganze verloren geht. Dies bereitet der SVP grosse Sorgen, weshalb es nicht verwunderlich ist, dass die SVP nicht geschlossen hinter der Vorlage stehen kann. Ganz im Gegenteil – sie lehnt die Vorlage grossmehrheitlich ab.

Peter Schafroth (FDP) betont, dass es heute nicht um die Sanierung einer Pensionskasse geht. Dieses Thema hat die FHNW selber gelöst; der Kanton Baselland leistete auf der Basis des Staatsvertrages einen Beitrag von 34 Mio. Fr. aus zurückgestellten Mitteln.

Heute geht es um eine Unterstützung im Zusammenhang mit dem Übergang vom Leistungs- ins Beitragsprimat. Dies kostet selbstverständlich etwas – konkret 5,417 Mio. Fr. –, denn die langjährigen Mitarbeiter haben Ansprüche, die nicht einfach so fallen gelassen werden dürfen.

Warum soll Baselland diese Zusatzkosten tragen?

Es ist festzuhalten, dass die FHNW nicht über die Mittel verfügt, um die Finanzierung sicherzustellen; es ist ihr

vom Kanton kein Kapital übergeben worden, die ihr einen Spielraum gewähren würde.

Der Wechsel vom Leistungs- ins Beitragsprimat wird auch bei den Kantonsangestellten ein Thema werden. Gerade für eine Institution, die viele Teilzeitangestellte beschäftigt, ist dies eine aktuelle und sinnvolle Lösung, von der letztlich sowohl der Arbeitnehmer als auch der Arbeitgeber profitieren.

Dass nun eine relativ grosszügige Lösung gefunden wurde, war zu erwarten gewesen. Wenn bei Fusionen in der Wirtschaft Pensionskassenlösungen zusammengelegt werden müssen, funktioniert dies nicht, ohne dass eine relative Grosszügigkeit gezeigt wird.

Wichtig ist aber auch, dass die Arbeitnehmer ihren Beitrag leisten und auf gewisse Privilegien verzichten – dies zu Gunsten einer Lösung, welche für die ganze FHNW Gültigkeit hat.

Unter diesen Gesichtspunkten ist die Fraktion bereit, den Antrag zu unterstützen.

Sabrina Mohn (CVP) erklärt, die CVP/EVP-Fraktion freue sich ebenfalls, dass die Wahl auf die BLPK gefallen sei. Ebenso liegt ihr viel daran, dass eine Vorsorgelösung gefunden werden konnte, welche von allen Sozialpartnern akzeptiert wird. Die Fraktion stimmt der Vorlage deshalb einstimmig zu. Im Weiteren wartet sie gespannt auf die Vorlage zur Sanierung der BLPK – die hier getroffenen Massnahmen sieht sie als dafür wegweisend an.

Wie **Klaus Kirchmayr** (Grüne) darlegt, erachtet seine Fraktion die vorgeschlagene Lösung als gut, ausgewogen und sachgerecht; auch wird diese den Bedürfnissen der Arbeitnehmenden in dieser spezifischen Situation der FHNW gut gerecht.

Die Fraktion wird der Vorlage deshalb zustimmen. Auch sie ist gespannt auf das Sanierungskonzept für die BLPK. Ob allerdings ultimative Forderungen, wie sie von der SVP gestellt werden, den Regierungsrat zu einem beschleunigten Vorgehen animieren, darf zu bezweifeln gewagt werden.

Laut **Oskar Kämpfer** (SVP) geht es heute um Geld, das eingesetzt werden soll, um Abfederungsmassnahmen zu finanzieren. Diese Abfederungsmassnahmen stellen selbstverständlich einen Bestandteil der Pensionskassen-Sanierung dar – ob man dies nun wahrhaben will oder nicht.

Die Vorlage umfasst leider sowohl inhaltliche wie strukturelle Punkte. Die inhaltlichen sind mehrheitlich bereits genannt worden – es geht darum, wie eine Pensionskasse vom Leistungs- ins Beitragsprimat übergeführt werden kann. Es ist keineswegs immer so, dass dies unter dem Primat der Besitzstandswahrung erfolgen kann. Im Kanton Basel-Stadt beispielsweise zeigte es sich, dass dies nicht finanzierbar ist.

Hier ist die Rede von einer kleinen Tranche, die aber – übertragen auf die Sanierung der BLPK – nahezu 1 Mia. Fr. ausmachen wird. Es ist zu bedenken, dass mit einem Ja zur Vorlage heute ein Zeichen in diese Richtung gesetzt wird.

In struktureller Hinsicht ist das Ganze aber noch viel problematischer. Es wird ein kleiner Beitrag gesprochen zu Gunsten eines grossen, komplex strukturierten Gefässes – der FHNW. Ungewiss ist, welche Kosten dort noch anfallen werden, etwa in Form von Zusatzkrediten, die ge-

sprochen werden müssen.

Persönlich zeigt sich Oskar Kämpfer sehr unglücklich darüber, dass das Ganze scheinbar daherkommt. Er stellt deshalb den formellen Antrag, das Geschäft zurückzuweisen und dieses dem Landrat erst dann erneut zu präsentieren, wenn sämtliche Kosten, welche dem Kanton Baselland aus der FHNW erwachsen, klar auf dem Tisch liegen.

Regierungspräsident **Urs Wüthrich** (SP) erklärt, mit der Zustimmung zu dieser Vorlage ergebe sich eine doppelte Wirkung. Zum einen wird die BLPK mittels eines grossen Versichertenbestandes gestärkt; damit wird ein Beitrag an die langfristige Sicherung der Pensionskasse geleistet. Daneben handelt es sich auch um einen Vertrauensbeweis.

Zum anderen wird Klarheit geschaffen, wie die zukünftige, langfristige Vorsorgelösung der ganzen FHNW ausgestaltet sein soll. Diese Klärung bedeutet, dass der Auftrag aus dem Staatsvertrag termingerecht erfüllt werden kann und dass die Mitarbeiter wissen, wo inskünftig ihre Vorsorgelösung angesiedelt ist und wie die Spielregeln aussehen. Damit geht auch eine Stärkung der Sozialpartnerschaft einher.

Für eine Rückweisung gibt es eigentlich gar keinen Spielraum, ausser es bestehe die Absicht, den Staatsvertrag hinsichtlich der gesetzten Termine neu auszuhandeln.

Die Vorlage, wie sie unterbreitet ist, widerspiegelt nur einen kleinen Teil einer sehr grossen und anspruchsvollen Arbeit, die geleistet worden ist – ein Teil davon in der FHNW, aber vor allem von den Spezialistinnen und Spezialisten der Finanzdirektion. Es ist darum gegangen, einen hochkomplexen Bereich auseinander zu nehmen, um schliesslich die Entscheidungsgrundlagen vorzulegen. Zur Forderung, das Sanierungskonzept für die BLPK nun endlich zu präsentieren, ist folgende Bemerkung anzubringen: Es hat Pensionskassen gegeben, die 1 Mia. Fr. investiert haben und nun zu beklagen haben, dass dieses Geld an der Börse geschmolzen ist wie Schnee in der Märzsonne. Insofern ist ein pragmatisches, auf lange Sicht ausgerichtetes Vorgehen wahrscheinlich erfolgversprechender als kurzfristige Sanierungsmassnahmen. Er bedankt sich beim Landrat für dessen Beitrag zur Klärung der Pensionskassensituation der FHNW-Mitarbeitenden.

Keine weiteren Wortbegehren.

– *Antrag auf Rückweisung der Vorlage*

Landratspräsident **Hanspeter Frey** (FDP) lässt über den Antrag Oskar Kämpfers auf Rückweisung der Vorlage abstimmen.

://: Der Landrat lehnt den Rückweisungsantrag mit 61:13 Stimmen bei 6 Enthaltungen ab.

[Namenliste einsehbar im Internet; 10.28]

– *Detailberatung*

Titel und Ingress
Ziffer 1 bis 3

keine Wortbegehren
keine Wortbegehren

– *Rückkommen*

Rückkommen wird nicht verlangt.

– *Beschlussfassung*

://: Der Landrat genehmigt den Landratsbeschluss betreffend die Zusammenführung der Vorsorgelösungen für die Angestellten der Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW) und die Gewährung eines Kredits für Abfederungsmassnahmen mit 64:11 Stimmen bei 4 Enthaltungen.

[Namenliste einsehbar im Internet; 10.29]

Landratsbeschluss

betreffend die Zusammenführung der Vorsorgelösungen für die Angestellten der Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW) und die Gewährung eines Kredits für Abfederungsmassnahmen

vom 24. Juni 2010

Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft beschliesst:

1. Für die Abfederung der finanziellen Folgen des Wechsels der beruflichen Vorsorge der bei der BLPK und der PKBS versicherten Mitarbeitenden der FHNW wird ein Kredit von insgesamt CHF 5'417'000 bewilligt.
2. Ziffer 1 dieses Beschlusses untersteht dem Finanzreferendum gemäss § 31 Absatz 1 Buchstabe b KV.
3. Der Beschluss wird unter dem Vorbehalt gefasst, dass der Grosse Rat des Kantons Basel-Stadt entsprechend beschliesst.

Für das Protokoll:

Barbara Imwinkelried, Landeskanzlei

*

Nr. 2032

5 Wahl von 5 Mitgliedern des Büros des Landrates für das Amtsjahr vom 1. Juli 2010 bis 30. Juni 2011

Landratspräsident **Hanspeter Frey** (FDP) bittet die Fraktionen um ihre Wahlvorschläge für die fünf Mitglieder des Büros des Landrates.

Thomas de Courten (SVP) schlägt namens seiner Fraktion das bisherige Mitglied, Daniela Gaugler, zur Wahl vor.

Daniel Mürger (SP) teilt mit, dass seine Fraktion das bisherige Mitglied, Jürg Degen, vorschläge.

Daniele Ceccarelli (FDP) schlägt namens seiner Fraktion Marianne Hollinger als neues Mitglied des Büros vor. Die FDP freut sich, eine Frau und erfahrene Exekutivpolitikerin auf Gemeindeebene und ebenso erfahrene Legislativpolitikerin auf Kantonebene nominieren zu können. Sie zeigt sich überzeugt, dass Marianne Hollinger diese Aufgabe gut erfüllen und sich für weitere Funktionen empfehlen wird.

Elisabeth Schneider (CVP) gibt bekannt, dass die CVP/EVP-Fraktion das bisherige Büro-Mitglied, Elisabeth Augstburger, vorschläge.

Madeleine Göschke (Grüne) erklärt, dass auch die Grünen ihr bisheriges Mitglied des Büros, Isaac Reber, zur Wahl vorschlagen.

Keine weiteren Wahlvorschläge.

Landratspräsident **Hanspeter Frey** (FDP) schlägt eine stille Wahl vor, wogegen aus dem Ratsplenum keine Einwände erhoben werden.

://: Damit sind in stiller Wahl als Mitglieder der Büros des Landrates für das Amtsjahr vom 1. Juli 2010 bis 30. Juni 2011 gewählt: Daniela Gaugler (SVP), Jürg Degen (SP), Marianne Hollinger (FDP), Elisabeth Augstburger (EVP) und Isaac Reber (Grüne).

Der **Landratspräsident** gratuliert den Gewählten herzlich und wünscht ihnen viel Spass bei dieser interessanten Arbeit. *[Applaus]*

Er benutzt die Gelegenheit, alt Landratspräsident und alt Regierungsrat Erich Straumann sowie alt Landratspräsident Fritz Epple als Gäste auf der Tribüne zu begrüßen und herzlich willkommen zu heissen.

Für das Protokoll:

Barbara Imwinkelried, Landeskanzlei

*

Nr. 2033

6 Ersatzwahl eines Mitglieds des Oberrheinrates für den Rest der Amtsperiode vom 1. Juli 2010 - 30. Juni 2011

Landratspräsident **Hanspeter Frey** (FDP) gibt Jürg Degen das Wort.

Jürg Degen (SP) teilt mit, dass seine Fraktion Daniel Mürger zur Wahl als Mitglied des Oberrheinrates vorschläge.

Daniel Mürger ist schon seit langer Zeit sehr interessiert an allen trinationalen Belangen und ist Mitglied bei Tri-Rhena. Beruflich ist er interessiert an grenzüberschreitenden Problemen, vor allem im Bereich der Personenfreizügigkeit.

Jürg Degen bittet den Landrat, Daniel Mürger zu wählen.

Keine weiteren Wahlvorschläge.

Landratspräsident **Hanspeter Frey** (FDP) schlägt eine stille Wahl vor, wogegen aus dem Ratsplenum keine Einwände erhoben werden.

://: Damit ist Daniel Mürger in stiller Wahl als Mitglied des Oberrheinrates für den Rest der Amtsperiode vom 1. Juli 2010 bis 30. Juni 2011 gewählt.

Für das Protokoll:

Barbara Imwinkelried, Landeskanzlei

Nr. 2034

7 2010/223

Bericht des Regierungsrates vom 25. Mai 2010: Nomination eines Landratsmitglieds in den Verwaltungsrat der BLT Baselland Transport AG für die Amtsperiode 2010 - 2013

Landratspräsident **Hanspeter Frey** (FDP) gibt Thomas de Courten das Wort.

Thomas de Courten (SVP) stellt fest, es gehe um die Nachfolge von alt Landrat Hanspeter Ryser, der bislang Einsitz im Verwaltungsrat der BLT hatte. Darum hätte die SVP gerne Daniela Gaugler zur Wahl vorgeschlagen. In Auseinandersetzung mit den herrschenden politischen Realitäten im Landrat und aufgrund der Rückmeldungen der anderen Fraktionen hinsichtlich dieser Kandidatur, ist die SVP zum Schluss gekommen, dass sie leider keine Chance haben wird.

Es werden andere Kandidaten vorgeschlagen werden, bei deren Beurteilung verschiedene Aspekte zu beachten sind. Ein wichtiger Aspekt aus Sicht der SVP ist, dass eine Person im Verwaltungsrat Einsitz nimmt, welche der bürgerlichen Seite nahesteht und das bürgerliche Parteienspektrum im Landrat entsprechend widerspiegelt. Nachdem im letzten Wahlgang Elisabeth Schneider vornehmlich mit Unterstützung der linken Seite gewählt worden ist – SP und Grüne haben sie gewählt – ist sie auch eine Repräsentantin jenes Eckens des Landrates. Die SVP möchte jemanden wählen, der bürgerliche Werte vertritt, und wird daher die Wahl des von der FDP vorgeschlagenen Rolf Richterich geschlossen unterstützen.

Ein weiterer Grund für diese Unterstützung ist der Umstand, dass Rolf Richterich als Präsident der landrätlichen Bau- und Planungskommission amtiert. Die SVP attestiert ihm in den spezifischen Fragen des öffentlichen Verkehrs – auch aufgrund seiner bisherigen Arbeit in der BPK – eine sehr hohe Fachkompetenz. Es erscheint wichtig, dass auch das Kriterium «Fachkompetenz» bei dieser Wahl massgebend ist.

Die SVP wird geschlossen die Kandidatur Rolf Richterichs unterstützen.

Elisabeth Schneider (CVP) schlägt namens der CVP/EVP-Fraktion Christine Gorrengourt als neues Mitglied des BLT-Verwaltungsrates vor.

Christine Gorrengourt hat sich in den letzten Jahren intensiv mit der Verkehrspolitik, vor allem im Leimental, auseinandergesetzt und ist im Landrat diesbezüglich auch immer wieder vorstössig geworden. Seit einiger Zeit ist sie auch Mitglied der parlamentarischen Gruppe «Bahnhof», welche sich mit Verkehrsfragen befasst.

Sie kennt die Probleme sowohl des Individual- als auch des öffentlichen Verkehrs und kann die Belange der kantonalen Politik direkt beim Leistungserbringer einbringen. Sie ist auch bekannt dafür, dass sie keine Berührungsängste bezüglich grenzüberschreitender Zusammenarbeit kennt.

Die Fraktion bittet den Landrat, die Kandidatur Christine Gorrengourts zu unterstützen.

Daniele Ceccarelli (FDP) stellt namens der Fraktion Rolf Richterich als Kandidaten vor:

Von Beruf ist Rolf Richterich diplomierter Bauingenieur

ETH, mit einer Spezialisierung auf Verkehrsingenieur. Ein Verkehrsingenieur ist für die Planung und den Betrieb jeglicher Verkehrsinfrastruktur zuständig, also auch für den öffentlichen Verkehr.

Rolf Richterich ist Mitglied beim Schweizerischen Ingenieur- und Architektenverein, beim Schweizerischen Verein der Verkehrsingenieure und Gründungsmitglied der Regionalgruppe Nordwestschweiz sowie Mitglied der Vereinigung der Schweizerischen Strassen- und Verkehrsfachleute.

Er war als Gemeinderat tätig und hat dort das Ressort «Öffentlicher Verkehr» geleitet. Er hat den Bundesrat bei der Realisierung der «Porta Alpina» beraten und bei der Expo 2002 die Gesamtplanung des Verkehrs und des Betriebs verantwortet.

Nach Auffassung der FDP ist Rolf Richterich also eine bestens ausgewiesene Kraft, um in dieses Gremium gewählt zu werden. Als BPK-Präsident hat er den Kantonalen Richtplan (KRIP), bei dem es zu einem grossen Teil um den öffentlichen Verkehr gegangen ist, nicht unmassgeblich mitgestaltet.

An die Adresse der SVP spricht Daniele Ceccarelli seinen Dank und seine Anerkennung für die Unterstützung Rolf Richterichs aus.

An die Adresse der CVP: Er zitiert die CVP/EVP-Fraktionspräsidentin, Elisabeth Schneider, welche in einem Beitrag in «7 vor 7» von Telebasel am 22. April 2010 gesagt hat, dass sie sich gefreut hätte, wenn BPK-Präsident Rolf Richterich sich für dieses Amt zur Verfügung gestellt hätte; ihre Fraktion hätte ihn auch vorbehaltlos unterstützt. Nun nominiert die CVP/EVP-Fraktion Christine Gorrengourt, die Daniele Ceccarelli als Mensch und Fachperson sehr hoch einschätzt – aber sie ist eben keine Verkehrsingenieurin. Es ist aber genau dieses Know-how, das es in diesem Amt braucht und das Rolf Richterich mitbringt. Inwiefern bei Rolf Richterich heute, am 24. Juni, gegenüber dem 22. April ein Unterschied bestehen sollte, ist nicht nachvollziehbar – ausser, dass er etwa zwei Monate älter ist, und man sieht es ihm nicht einmal an [*Heiterkeit*]. Wichtig ist also, das Fachliche in den Vordergrund zu stellen.

Paul Wenger (SVP) vermutet, dass nun bei der anstehenden Wahl eine typisch politische Entscheidung getroffen werde, bei der nicht die Fachkompetenz, sondern vielleicht andere – zugegebenermassen auch vorhandene – Kompetenzen in die Waagschale geworfen werden, möglicherweise auch die Zugehörigkeit zu einer politischen Partei.

Bei politischen Wahlen wird die fachliche Qualifikation vielfach als zweitrangig betrachtet. Beim Besetzen von Positionen kommt es fast nirgends vor, dass die fachliche Qualifikation nicht als erstrangig betrachtet wird.

Der Landrat möchte bei der Wahl in diese spezielle Funktion die fachliche Qualifikation der Kandidaten gebührend berücksichtigen.

Keine weiteren Wortbegehren.

Landratspräsident **Hanspeter Frey** (FDP) leitet über zu einer geheimen Wahl.

Nachdem die Stimmzähler die Stimmzettel verteilt und dann wieder eingesammelt haben und das Wahlbüro die Stimmen ausgezählt hat, gibt er folgende Resultate bekannt:

– *Wahlresultat, erster Wahlgang*

Zahl der Stimmberechtigten		90
Zahl der eingelegten Wahlzettel		86
Zahl der leeren Wahlzettel	0	
Zahl der ungültigen Wahlzettel	0	0
Zahl der gültigen Stimmen		86
Absolutes Mehr		44

Stimmen haben erhalten:

Gorrenougout Christine	43
Richterich Rolf	43

– *Wahlresultat, zweiter Wahlgang*

Zahl der Stimmberechtigten		90
Zahl der eingelegten Wahlzettel		84
Zahl der leeren Wahlzettel	0	
Zahl der ungültigen Wahlzettel	0	0
Zahl der gültigen Stimmen		84
Absolutes Mehr		42

Stimmen haben erhalten:

Gorrenougout Christine	45
Richterich Rolf	39

://: Der Landrat nominiert Christine Gorrenougout für die Wahl in den Verwaltungsrat der BLT Baselland Transport AG für die Amtsperiode 2010 - 2013.

Landratspräsident **Hanspeter Frey** (FDP) gratuliert Christine Gorrenougout zu ihrer Nomination. *[Applaus]*

Für das Protokoll:

Barbara Imwinkelried, Landeskanzlei

*

Nr. 2035

14 2010/140**Berichte des Regierungsrates vom 30. März 2010 und der Finanzkommission vom 3. Juni 2010: ERP-Projekt Etappe 2 im Kanton Basel-Landschaft für die Bereiche Finanz-, Personalwesen und Logistik**

Kommissionspräsident **Marc Joset** (SP) führt aus, im Rahmen der ersten Etappe hat der Kanton «ERP» für die Bereiche Finanz- und Rechnungswesen, Personal und für die Materialwirtschaft/Logistik eingeführt. Mit dem System wird in der Verwaltung seit anfangs Jahr gearbeitet.

Bezüglich «Organisationsentwicklung» habe mit dem Projekt ERP in der Verwaltung ein «Kulturwandel» stattgefunden. Die Zusammenarbeit mit den Direktionen habe sich gegenüber dem Projektstart im Jahr 2008 deutlich verbessert. Dies ist ein Punkt, der in der Finanzkommission – diese hat sich jeweils halbjährlich über den Stand informieren lassen – mehrfach erörtert und zu einem sehr wichtigen Anliegen geworden ist.

Die Projektverantwortlichen haben der Finanzkommission überzeugend darlegen können, welche Massnahmen zur Erreichung der Ziele der Etappe 2 vorgesehen sind.

Die Finanzkommission hat sich auf die Frage konzentriert, inwiefern sich die Effizienzgewinne des Projektes nicht

nur auf technische, sondern auch auf personelle Einsparungen auswirken.

Die Projektleitung wird die Finanzkommission weiterhin halbjährlich über die Fortschritte des Projektes informieren und aufzeigen, wo Einsparmöglichkeiten bestehen. Die Finanzkommission möchte das in einem zusätzlichen Antrag verbindlich festhalten. Darum beantragt sie, folgende Bestimmung in den Landratsbeschluss aufzunehmen:

Ziffer 3 (neu):

«Im Rahmen des Projekts wird die Ist- und Soll-Situation hinsichtlich der Personalressourcen erfasst werden. Die Projektleitung wird der Finanzkommission halbjährlich über die Realisierung der entsprechenden Einsparungen rapportieren.»

Die Finanzkommission beantragt dem Landrat einstimmig mit 12:0 Stimmen, gemäss abgeändertem Entwurf des Landratsbeschlusses zu beschliessen.

Mirjam Würth (SP) stellt fest, der Kommissionspräsident habe bereits alles Wesentliche gesagt. Sie unterstreicht, dass ihre Fraktion ein Unbehagen gegenüber einer stetig wachsenden EDV spürt und deshalb das Effizienzsteigerungspotenzial ausgewiesen haben will. Die SP unterstützt daher auch den entsprechenden Zusatzantrag der Finanzkommission vollumfänglich.

Karl Willmann (SVP) schickt voraus, die Fraktion werde der Vorlage zustimmen – dies wegen der Erfahrungen mit dem technisch gut geratenen Projekt «ERP 1».

Vor allem hat ERP 1 höchst Erfreuliches gezeigt – nämlich das Zusammenraufen der Direktionen und das gemeinsame Ziehen an einem Strick. Die Finanzkommission musste zwar ein bisschen nachhelfen, aber es hat genutzt. Es hat sich gezeigt, dass in ERP 1 die unabdingbare Zusammenarbeit der Direktionen nun tatsächlich gespielt hat. Darum ist auch die Folgevorlage «ERP 2» in der Finanzkommission auf guten Boden gefallen. Vor allem haben die Direktionen selber noch mögliche Verbesserungen, aus der Erfahrung mit ERP 1 heraus, erkannt. Es ist spürbar, dass sie weiter zusammenarbeiten wollen. Das Rationalisierungspotenzial von ERP 1 ist klar ersichtlich geworden, und es wurde deutlich, welche Massnahmen an die Hand genommen werden sollten, um Effizienzsteigerungen zu erzielen.

Allerdings zeigte es sich, dass zu den 60 Umsystemen, von denen man bei ERP 1 ausgegangen war, noch 40 weitere hinzugekommen sind. Umsysteme – dies zur Erklärung – sind branchenspezifische Informatiklösungen in den Dienststellen, die das Fakturieren oder das Verwalten grosser Datenbestände erlauben.

Die Umsysteme sind nicht umsonst geschaffen worden – sie waren da, bevor man versuchte, in Zusammenarbeit mit «Wilken» eine Zentralisierung des Rechnungswesens zu erreichen – und was dann gründlich misslang. Schliesslich wurde ERP installiert, und die ursprünglichen Lösungen werden heute als «Umsysteme» bezeichnet.

Im Rahmen von ERP 2 wird eine grosse Aufgabe darin bestehen, die Umsysteme zu reduzieren – entweder durch eine Anbindung an SAP oder indem sie durch eine SAP-Lösung ersetzt werden.

Zu den Effizienzgewinnen: Die SVP erwartet, dass Effizienzgewinne erzielt werden und dabei der Fokus auf die personellen Ressourcen gelegt und diese hinterfragt werden. Dieses Anliegen ist im Landratsbeschluss durch den Zusatzantrag der Finanzkommission fixiert.

Die SVP empfiehlt dem Landrat, dem Geschäft zuzustimmen.

Peter Schafroth (FDP) teilt mit, dass seine Fraktion der Vorlage zustimme. Er nennt als Kernanliegen, dass eine Informatiklösung nicht Selbstzweck sein darf, sondern den Kanton weiterbringen soll. Sie soll zu effizienten Prozessen führen, von denen der Bürger profitiert; gleichzeitig soll sie zu rationellen Prozessen beitragen, damit die Leistungen günstiger erbracht werden können. Es ist der FDP daher ein grosses Anliegen, dass der Zusatzantrag der Finanzkommission beschlossen wird – sonst würde die FDP allenfalls nachstossen.

Rita Bachmann (CVP) erklärt, es habe sie persönlich sehr beeindruckt, mit welcher Professionalität der Kanton Baselland die Umsetzung des ERP-Projektes vorgenommen hat. Im Gegensatz zu anderen Kantonen, welche ERP in mehreren kleinen Schritten eingeführt haben, hat Baselland gleichzeitig alle betriebswirtschaftlichen Hauptthemen wie Finanzen, Personal und Materialwirtschaft per 1.1.2010 in Betrieb nehmen können. Und es hat geklappt: Die Löhne sind fristgerecht überwiesen worden – bei der letzten Systemumstellung hatte dieser Punkt nicht einwandfrei geklappt. Der Zeitrahmen und, für die CVP/EVP-Fraktion besonders wichtig, der Budgetrahmen sind bisher eingehalten worden. Es hat sich aber auch gezeigt, dass eine Weiterentwicklung des Prozesses wichtig und sinnvoll ist.

Es ist genau der richtige Zeitpunkt – dank der Motivation und Bereitschaft der Mitarbeitenden –, das Projekt mit ERP 2 zu einem guten Abschluss zu führen. Mit dieser Folgeetappe wird explizit eine Überprüfung des Ressourceneinsatzes im Finanz- und Personalwesen sowie in der Informatik erfolgen. Es sind dies alles Bereiche, welche die Kantonsfinanzen stark beeinflussen.

Die CVP/EVP-Fraktion wird dem Landratsbeschluss, inklusive Zusatzantrag der Finanzkommission, zustimmen. Schliesslich spricht Rita Bachmann all jenen Personen, die namhaft und mit sehr grossem Engagement an der Umsetzung des ERP-Projektes beteiligt gewesen sind, ihren speziellen Dank aus.

Klaus Kirchmayr (Grüne) stellt fest, es sei nicht möglich, ERP 2 zu beurteilen, ohne kurz auf ERP 1 zu sprechen zu kommen.

Es handelt sich um eines der Projekte, die wirklich Freude gemacht haben. Die Projektleitung war sehr gut, ebenso die Unterstützung der Verwaltung. Auch die Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Parlament war sehr gut – letzteres hat geholfen, wo es helfen konnte. ERP 1 ist daher fast mustergültig abgelaufen. Das ganze Team und der ganze Set-up verdienen das Vertrauen des Parlamentes. Es ist auch richtig, das «Momentum» auszunutzen, um die zweite Phase in Angriff zu nehmen und die weiteren Effizienzsteigerungen und Verbesserungen zu verwirklichen.

In diesem Sinne ist dem ganzen ERP-Team ein grosser Dank auszusprechen.

Die grüne Fraktion wird den Anträgen, einschliesslich Zusatzantrag der Finanzkommission, zustimmen.

Regierungsrat **Adrian Ballmer** (FDP) dankt für die gute Aufnahme der Vorlage. Baselland ist der erste Kanton, der alle drei Module – Finanzen, Personal und Logistik – auf einmal eingeführt hat, und dies gemäss der geplanten Qualität, innerhalb der geplanten Fristen und innerhalb der geplanten Kosten. Überdies konnte erst noch mehr reali-

siert werden, als in der Ausschreibung verlangt worden war.

An dieser Stelle dankt der Finanzdirektor der Projektleitung – Hansruedi Ruefli, dem internen Projektleiter, Ruedi Hausammann, dem externen Projektleiter der Firma Novo Business Consultants AG, sowie Generalsekretär Michael Bammatter – sehr herzlich für ihr sehr grosses Engagement und ihre professionelle, hervorragende Arbeit.

Danken möchte er auch der Finanzkommission, die das Projekt sehr engagiert und gut begleitet hat und die auch einen wichtigen Beitrag zur Realisierung des Projektes geleistet hat.

Der zweite Teil, der mit diesem Folgeprojekt nun in Angriff genommen wird, ist wichtig, um die Errungenschaften des neuen Systems noch besser nutzen zu können. Die Analyse der möglichen Einsparungen ist Teil dieses Projektes. Darum ist der Finanzdirektor auch sehr einverstanden mit dem Zusatzantrag der Finanzkommission. Er bittet, den fünf Anträgen in dieser Form zuzustimmen.

Keine weiteren Wortbegehren.

– *Detailberatung*

Titel und Ingress	<i>keine Wortbegehren</i>
Ziffern 1 bis 5	<i>keine Wortbegehren</i>

– *Rückkommen*

Rückkommen wird nicht verlangt.

– *Beschlussfassung*

://: Der Landrat stimmt der Durchführung des Projektes ERP, Etappe 2, mit 77:0 Stimmen bei 3 Enthaltungen zu.

[Namenliste einsehbar im Internet; 11.03]

**Landratsbeschluss
betreffend ERP-Projekt, Etappe 2, im Kanton Basel-Landschaft für die Bereich Finanz-, Personalwesen und Logistik**

vom 24. Juni 2010

Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft beschliesst:

1. Die Finanz- und Kirchendirektion wird mit der Umsetzung der ERP-Projektes, Etappe 2, gemäss dem vorliegenden Bericht beauftragt.
2. Für das ERP-Projekt (Etappe 2) wird ein Verpflichtungskredit von CHF 7'000'000 bewilligt:

("Lizenzen und Softwareverträge")	550'000.--
-----------------------------------	------------

("Informatik-Hardware")	300'000.--
-------------------------	------------

("EDV-Dienstleistungen")	3'440'000.--
--------------------------	--------------

("Gutachten, Expertenkosten")	2'710'000.--
-------------------------------	--------------

Total	7'000'000.--
--------------	---------------------

- 3 *Im Rahmen des Projekts wird die Ist- und Soll-Situation hinsichtlich der Personalressourcen erfasst werden. Die Projektleitung wird der Finanzkommission halbjährlich über die Realisierung der entsprechenden Einsparungen rapportieren.*
4. *Der Beschluss 2 untersteht dem fakultativen Referendum gemäss § 31 Absatz 1 Buchstabe b der Kantonsverfassung.*
5. *Nachgewiesene Lohn- und Materialpreisänderungen sowie Änderungen des Mehrwertsteuersatzes gegenüber der Preisbasis 2010 werden bewilligt. \$ Rolf, bitte LRB gemäss Fassung im Anhang zum Kommissionsbericht einfügen.*

Für das Protokoll:

Barbara Imwinkelried, Landeskanzlei

*

Nr. 2036

15 2010/120

Berichte des Regierungsrates vom 23. März 2010 und der Finanzkommission vom 10. Juni 2010: Erneuerung der Bewilligung des Staatsbeitrages an die REGIO BASILIENSIS (Interkantonale Koordinationsstelle und Verein) sowie an das Gemeinsame Sekretariat der Deutsch-französisch-schweizerischen Oberrheinkonferenz für die Jahre 2011 - 2014

Marc Joset (SP), Präsident der Finanzkommission, erklärt, die REGIO BASILIENSIS vertrete die schweizerischen Interessen in den Gremien am Oberrhein. Sie wird von den Kantonen Basel-Landschaft, Basel-Stadt, Aargau, Solothurn und Jura getragen und dient diesen Kantonen als gemeinsames Generalsekretariat für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit, z.B. für die rund 150 Projekte im Rahmen von INTERREG.

Auf der Basis des Rahmenvertrags zwischen den Nordwestschweizer Kantonen wird beantragt, die Subvention an die REGIO BASILIENSIS für die Jahre 2011-2014 zu erneuern – mit dem gleichen Betrag wie bisher.

Die Finanzkommission erachtet die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mehrheitlich als wichtig und nötig. Es wird erkannt, dass REGIO BASILIENSIS als Koordinationsstelle der fünf Nordwestschweizer Kantone wertvolle Dienste leistet.

Einmal mehr wird aber bemängelt, dass sehr viele Organisationen in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit tätig sind. Eine Übersicht über die verschiedenen Akteure fehle, und es kann zu Doppelspurigkeiten und Überschneidungen kommen. Darum steht ein Teil der Kommissionsmitglieder dem Geschäft kritisch gegenüberstanden. Losgelöst vom beantragten Beitrag an REGIO BASILIENSIS möchte die Kommission folgenden Auftrag neu als Ziffer 6 in den Landratsbeschluss aufnehmen lassen:

Der Regierungsrat wird beauftragt, darauf hinzuwirken, dass das in der Vorlage aufgeführte Projekt «Weiterentwicklung der Strukturen der regionalen und grenzüberschreitenden Zusammenarbeit» zu einer organisatorischen Vereinfachung und strukturellen Straffung führt. Er hat der Finanzkommission bis Mitte 2011 Bericht zu erstatten.

Die Finanzkommission beantragt dem Landrat mit 10:0 Stimmen bei zwei Enthaltungen, dem von ihr abgeänderten Landratsbeschluss zuzustimmen.

– *Eintretensdebatte*

Ruedi Brassel (SP) betont, die grenzüberschreitende Kooperation in der Region habe sich bewährt. Sie stellt einen Standortvorteil für die Region dar; in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit kommt ihr eine Pionierfunktion zu, was auch so bleiben soll. Dies ist nicht zuletzt das Verdienst der REGIO BASILIENSIS, die seit den frühen 60er-Jahren für diese Anliegen einsteht. Es ist kein Zufall, dass die Nordwestschweizer Kantone die REGIO BASILIENSIS als Organ beauftragt haben, die Koordinationsaufgaben, um welche es in der Vorlage geht, zu übernehmen. Dies führt dazu, dass die Verwaltung in diesem Bereich sehr schlank ist und dass die Kantone über ein gemeinsames Sprachrohr verfügen. Das soll so bleiben. Die SP-Fraktion schliesst sich den Anträgen der Kommission an, auch dem Zusatzantrag, dass die Verschlinkung der Strukturen von der Regierung forciert werden soll. Die Tatsache, dass es in der Region so viele verschiedene Bemühungen um die grenzüberschreitende Zusammenarbeit gibt, zeugt davon, dass das ein Anliegen der ganzen Gesellschaft, von vielen Unternehmen und Privaten ist. Daraus entsteht Handlungsbedarf für die Politik: Nach verbesserter Kooperation besteht ein breites Bedürfnis, und deshalb ist der Koordinationsauftrag an die REGIO BASILIENSIS dringend notwendig.

Peter Holinger (SVP) gibt bekannt, dass die SVP-Fraktion mehrheitlich gegen die beantragten Beiträge an die REGIO BASILIENSIS sei. Es gibt allerdings auch einige Enthaltungen und einige befürwortende Stimmen.

Es gibt – was allgemein bekannt ist – jede Menge Aufgaben, die grenzüberschreitend gelöst werden müssen. Als Paradebeispiel kann der EuroAirport, ein wichtiger Wirtschaftsfaktor für die Region, genannt werden.

Allerdings ist eine grosse Zersplitterung der Kräfte festzustellen. Das wurde erkannt, und entsprechend wurde die neue Ziffer 6 des Landratsbeschlusses eingefügt. Eine Vereinfachung und Straffung der Strukturen ist nötig.

Die FDP-Fraktion werde, so **Peter Schafroth** (FDP), der Vorlage zustimmen, wenn auch wenig begeistert. Die Fraktion ist sich der Wichtigkeit der internationalen regionalen Zusammenarbeit sehr bewusst, hat aber gelegentlich den Eindruck, es stimme in diesem Zusammenhang das Sprichwort «Zu viele Köche verderben den Brei». Weniger Akteure würden wahrscheinlich mehr erreichen, und deshalb ist der entsprechende Zusatzantrag der Finanzkommission zu unterstützen.

Zur in der Vorlage angekündigten besseren Koordination darf auf keinen Fall ein neues Superkoordinationsgremium geschaffen werden, das alle andere Koordinatoren koordiniert.

Ähnliche Beitragsgesuche wird die freisinnige Fraktion künftig sehr kritisch anschauen, aber dem vorliegenden Beitrag wird sie zustimmen.

Elisabeth Schneider (CVP) kündigt an, die CVP/EVP-Fraktion werde der Erneuerung des Staatsbeitrages einstimmig zustimmen. Die Verdienste der REGIO BASILIENSIS sind bekannt und bereits gewürdigt worden.

Ganz wichtig ist, dass die verschiedenen Kräfte besser gebündelt werden. Der baselstädtische Regierungspräsident Guy Morin hat neulich an einer Veranstaltung des trinationalen Eurodistricts von einer neuen Dachorganisa-

tion über alle bereits bestehenden grenzüberschreitenden Organisationen gesprochen; das wäre kein guter Weg. Stattdessen sollten schlankere Strukturen geschaffen werden, in denen dann auch die eine oder andere der heutigen Organisationen aufgehen könnten. Damit könnte man sich möglicherweise auch in Bundesbern mehr Gehör verschaffen.

Klaus Kirchmayr (Grüne) bemerkt, auch die grüne Fraktion habe gewisse Vorbehalte gegenüber dem Dschungel an Organisationen, die sich mit trinationalen Fragen befassen. Sie halte es aber für falsch, gerade an der REGIO BASILIENSIS ein Exempel zu statuieren. Denn gerade sie leistet gute Arbeit und ist gut geleitet. Die Grünen stimmen den Anträgen der Kommission bei einigen Enthaltungen zu.

Regierungspräsident **Urs Wüthrich** (SP) möchte in Erinnerung rufen, worum es überhaupt geht:

Erstens geht es darum, dass verschiedene Firmen in dieser Region vor allem deshalb hier sind, weil sie die Chance haben, von einem sehr grossen Arbeitsmarkt zu rekrutieren. Das ist dem Regierungsrat bei seinen letzten Firmenbesuchen in Allschwil und Aesch ausdrücklich bestätigt worden.

Zweitens wird richtigerweise mit strengen Massnahmen sichergestellt, dass der grenzüberschreitende Wettbewerb zu fairen Spielregeln stattfindet. Diese harten Massnahmen werden teilweise von den Nachbarländern stark kritisiert; daher ist es sehr wichtig, dass auf politischer Ebene eng zusammengearbeitet wird mit Freiburg, Karlsruhe und Strassburg. So kann im Rahmen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit auch erreicht werden, dass die regionalen Anliegen der Nordwestschweiz direkt in Paris, in Berlin und Bern vertreten werden.

Die REGIO BASILIENSIS mit ihrer Geschäftsstelle ist für die Kantone kostengünstiger, als wenn jeder Kanton eine eigene aussenpolitische Abteilung einrichten müsste. Zudem erleichtert sie die Koordination und Vernetzung unter den Nordwestschweizer Kantonen.

Den Zusatzauftrag nimmt die Regierung gerne entgegen und wird aufzeigen, welche Massnahmen zu einer Straffung bzw. zu einer besseren Verständlichkeit der Strukturen geleistet werden könnten. Voraussetzung dafür ist aber, dass die Drehscheibe REGIO BASILIENSIS weiter arbeiten kann. Sie hat den Auftrag, die knappen Mittel möglichst wirkungsvoll einzusetzen.

://: Eintreten ist unbestritten.

– *Detailberatung Landratsbeschluss*

Keine Wortbegehren.

– *Rückkommen*

Es wird kein Rückkommen verlangt.

– *Schlussabstimmung*

://: Der Landrat stimmt dem von der Finanzkommission beantragten Landratsbeschluss über die Erneuerung der Bewilligung des Staatsbeitrages an die REGIO BASILIENSIS (Interkantonale Koordinationsstelle und Verein) sowie an das Gemeinsame Sekretariat der Deutsch-französisch-schweizerischen Oberrheinkonferenz für die Jahre 2011-2014 mit 61:11 Stimmen bei sieben Enthaltungen zu.
[Namenliste einsehbar im Internet; 11.22]

Landratsbeschluss

über die Erneuerung der Bewilligung des Staatsbeitrages an die REGIO BASILIENSIS (Interkantonale Koordinationsstelle und Verein) sowie an das Gemeinsame Sekretariat der Deutsch-französisch-schweizerischen Oberrheinkonferenz für die Jahre 2011-2014

vom 24. Juni 2010

Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft beschliesst:

1. Der REGIO BASILIENSIS (Interkantonale Koordinationsstelle und Verein) wird für die Jahre 2011-2014 ein jährlicher Staatsbeitrag 343'000 Franken (335'000 Franken für Interkantonale Koordinationsstelle und 8'000 Franken für Verein) gewährt.
2. Für die Beteiligung am Gemeinsamen Sekretariat der Oberrheinkonferenz für die Jahre 2011-2014 wird ein jährlicher Kredit von 22'941 Euro (max. 39'000 Franken) gewährt.
3. Für die Mitfinanzierung der/des Schweizer Delegationssekretärs/in der Oberrheinkonferenz für die Jahre 2011-2014 wird ein jährlicher Kredit von 34'118 Euro (max. 58'000 Franken) gewährt.
4. Für die Mitfinanzierung des Kooperationsfonds der Oberrheinkonferenz wird ein jährlicher Kredit von 14'000 Euro (max. 22'400 Franken) gewährt.
5. Dieser Beschluss wird unter der Bedingung gefasst, dass die Kantone Basel-Stadt, Aargau, Jura und Solothurn der REGIO BASILIENSIS für die Subventionsperiode 2011-2014 die vereinbarten Beträge bewilligen und dass eine deutsch-französisch-schweizerische Vereinbarung zur Weiterführung des Gemeinsamen Sekretariat für die Jahre 2011-2014 abgeschlossen wird.
6. Der Regierungsrat wird beauftragt, darauf hinzuwirken, dass das in der Vorlage aufgeführte Projekt "Weiterentwicklung der Strukturen der regionalen und grenzüberschreitenden Zusammenarbeit" zu einer organisatorischen Vereinfachung und strukturellen Straffung führt. Er hat der Finanzkommission bis Mitte 2011 Bericht zu erstatten.
7. Ziffer 1 - 4 dieses Beschlusses unterstehen gemäss § 31 Absatz 1 Buchstabe b der Kantonsverfassung der fakultativen Volksabstimmung.

Für das Protokoll:

Alex Klee-Bölkow, Landeskanzlei

*

Nr. 2037

16 2010/083

Berichte des Regierungsrates vom 23. März 2010 und der Finanzkommission vom 10. Juni 2010: Staatsrechnung 2009

Finanzkommissions-Präsident **Marc Joset** (SP) erklärt, die Laufende Rechnung 2009 des Kantons Baselland schliesse mit einem Defizit von knapp CHF 60 Mio. ab. Das Eigenkapital reicht aus, um das Defizit aufzufangen – die Regelungen der Defizitbremse werden eingehalten. Der Aufwand liegt knapp unter dem Budget, aber der Ertrag ist rund CHF 70 Mio. schlechter als budgetiert.

Immerhin ist die Verschuldung weiter zurückgegangen. Der Selbstfinanzierungsgrad der Nettoinvestitionen ist auf 33,8 % abgesackt (Vorjahr 171,2 %). Aber im Durchschnitt der Jahre 2000-2009 beträgt der Selbstfinanzierungsgrad 103 %; damit ist der empfohlene Minimalwert von 75 % erreicht.

In der Beratung der Finanzkommission ist festgestellt worden, dass die Rechnung schlechter als budgetiert, aber besser als befürchtet ausgefallen ist und dass der Kanton nach vier Jahren mit schwarzen Zahlen wieder mit roten Zahlen konfrontiert ist, was aber dem Konjunkturverlauf entspricht.

Die Frage, warum Baselland im Vergleich zu anderen Kantonen und zu den Gemeinden relativ schlecht abschneidet, ist nicht – oder noch nicht – abschliessend geklärt.

Deutlich wird in der Finanzkommission die Regierung aufgefordert, jetzt dringend die Pensionskassenlösung vorzulegen und die Priorisierung der Investitionen vorzunehmen. Im Rechnungsjahr 2009 sind ungefähr ein Drittel der geplanten Investitionen nicht ausgeschöpft worden.

Die Finanzkommission nimmt zur Kenntnis, dass die Regierung die Aufhebung der Vorfinanzierung für den Neubau des Kantonsspitals Bruderholz nicht als Präjudiz für die Realisierung eines Neubaus verstanden haben will. Mit den CHF 220 Mio. soll eine so genannte Konjunkturausgleichsreserve geschaffen werden.

Wie immer hat auch die Finanzkontrolle die Staatsrechnung 2009 geprüft und empfiehlt die Genehmigung ohne Einschränkung. Auch wie in den letzten Jahr macht die Finanzkontrolle aber einen deutlichen Hinweis auf die Deckungslücke der Basellandschaftlichen Pensionskasse und auf die notwendige Rückstellungen für Umweltschäden.

Die Finanzkontrolle stellt ferner fest, dass ihre Empfehlung aus dem letzten Jahr, den Budgetierungsprozess bei den Spitälern zu verfeinern und zu vereinheitlichen, erst teilweise umgesetzt worden sei. Es ist der Finanzkommission bewusst, dass sich im Jahre 2012 mit der Einführung von Fallkostenpauschalen die Planung und die Kostenabgeltung wieder ändern werden. Die zuständige Subkommission ist aber beauftragt worden, das Thema weiter kritisch zu verfolgen und der Gesamtkommission Bericht zu erstatten.

Die vier Subkommissionen beantragen für ihre Zuständigkeitsbereiche Zustimmung zur Staatsrechnung 2009. Im Übrigen sind alle Fragen, welche die Subkommissionen zur Staatsrechnung gestellt haben, von den Direktionen und Verwaltungsstellen kompetent, umfassend und rasch beantwortet worden.

Ihnen und dem gesamten Personal sei für ihren Einsatz im 2009 herzlich gedankt.

Die Finanzkommission beantragt dem Landrat einstimmig, dem Landratsbeschluss betreffend Staatsrechnung 2009 zuzustimmen.

– *Eintretensdebatte*

Ruedi Brassel (SP) betont, die Staatsrechnung 2009 Sorge – auf solider Basis – für mittlere Unzufriedenheit und enthalte einige Fragezeichen. Das Defizit ist deutlich höher ausgefallen als budgetiert, zurückzuführen auf die Ertragsseite: Die Budgetdisziplin auf der Aufgabenseite ist recht stark – die Zitrone ist ausgepresst –, aber auf der Einnahmenseite klafft eine Lücke. Diese wird gelegentlich als «strukturelles Defizit» bezeichnet, aber es handelt sich dabei effektiv um die Folge der Steuersenkungen der letzten Jahre. Einnahmenverluste von weit über CHF 100 Mio. jährlich sind darauf zurückzuführen. Die Agentur Standard & Poor's führte im August 2009 zum wiederholten Mal aus, zu den Schwächen des Baselbieter Staatshaushaltes gehöre die Abschwächung der Budgetentwicklung in Folge der Unternehmenssteuerreform. Die Regierung, die ja auf dieses Rating schwört, sollte diesen Punkt etwas ernster nehmen, als sie es bisher getan hat.

Die Regierung führt aus, dass sich in der Staatsrechnung deutlich der Konjunkturabschwung niederschlägt. Vergleicht man mit anderen Gemeinwesen, stellt man fest, dass gleichzeitig die Nachbarkantone Basel-Stadt und Solothurn Einnahmensteigerungen verzeichnen konnten. Offenbar hat sich die Krise genau das Baselbiet ausgesucht, um hier die deutlichsten Spuren zu hinterlassen. Dass die Einbrüche nicht auf die Krise zurückzuführen sind, sondern auf die genannten Steuersenkungen, muss die bürgerliche Seite nun endlich auch einmal zur Kenntnis nehmen, statt immer neue imaginäre Gründe zu erfinden. Dass sich die Krise im Baselbiet 2009 nicht derart steuerlich niederschlägt, wie die Regierung es behauptet, beweisen auch die Rechnungsabschlüsse der Gemeinden.

Nun zum Thema der nicht ausgeschöpften Investitionen: Schon letztes Jahr wurde gerügt, dass ein Drittel der geplanten Investitionen nicht ausgeführt worden war – nun ist der Anteil sogar noch höher, was gerade in einer Periode des Konjunkturabschwungs besonders problematisch ist. Was geplant ist, muss auch wirklich ausgeführt werden. Und ins Budget soll nur aufgenommen werden, was wirklich ausgeführt werden kann. Die Art und Weise, wie in der letzten Budgetdebatte in diesem Punkt argumentiert worden ist – man könne durchaus das eine oder andere bei den Investitionen streichen und dann mittels Krediten realisieren –, führt dazu, dass die Budgethoheit des Parlaments ausgehöhlt wird und dass die Regierung letztlich einfach tut, was sie gerade für nötig hält. Die Investitionspriorisierung darf nicht dem Prinzip Zufall gehorchen, so wie dies jetzt abläuft, sondern sie muss nach qualitativen, nachhaltigen Kriterien vorgenommen werden.

Der Konjunkturausgleichsfonds ist ein Vorfinanzierungstopf: Dieses Geld steht zur Verfügung und wird auch ausgegeben. Die Wirkung der Defizitbremse – dass genügend Eigenkapital vorhanden sein muss, weil sonst steuerliche Massnahmen ergriffen werden müssen – soll damit umgangen werden. Deswegen muss aber beispielsweise beim Bruderholzspital kein Rappen weniger investiert werden.

Für die SP-Fraktion steht fest, dass es keine weiteren Steuersenkungen erträgt, wenn der Staatshaushalt in der heutigen Verfassung bleibt. Die bürgerlichen Parteien müssen über die Bücher und ihre Positionen ändern.

Es braucht eine nachhaltigkeitsorientierte Investitions-priorisierung mit qualitativen statt zufälligen Kriterien. Die Deckungslücke der Pensionskasse darf und soll nicht dramatisiert werden. Zuerst muss die Regierung jetzt ihren längst versprochenen Bericht vorlegen, und dann muss beraten werden, wie die Lücke effektiv geschlossen werden kann. Das Problem liegt weniger bei der Lücke als beim System der Vorsorge; daran kann der Landrat nichts ändern. Weil er aber derart stark auf Kapitaldeckungsverfahren setzt, handelt er sich ein Problem ein.

Insgesamt kann die SP-Fraktion der Staatsrechnung zustimmen und sich den Anträgen der Finanzkommission anschliessen.

Hans-Jürgen Ringgenberg (SVP) führt aus, die Staatsrechnung 2009 schliesse mit einem Minus von CHF 56 Mio. unerfreulicherweise schlechter als budgetiert, aber erfreulicherweise besser als befürchtet ab. Insofern kann man einigermaßen zufrieden sein.

Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat selbstverständlich auch vor dem Baselbieter Staatshaushalt nicht Halt gemacht; das hat niemand erwartet. Dennoch rüttelt ein Ergebnis wach, nachdem in den vier vorangegangenen Jahren jeweils schwarze Zahlen geschrieben werden konnten.

Aber nicht nur die Krise schlägt sich in den Zahlen nieder, sondern es gibt auch hausgemachte Ursachen wie teure Staatsverträge, der Ausbau des ÖV, des Sozialstaats und des Staatspersonals. Auch andere Wünsche erfüllt sich das Parlament immer wieder einmal, und mit der Zeit macht sich das bemerkbar.

Rezessionsbedingte Steuerausfälle haben sich auf der Ertragsseite stärker ausgewirkt als angenommen.

Ein hoher Betrag wurde in der Form von Investitionsbeiträgen ausbezahlt, aber dennoch liegen diese CHF 110 Mio. unter dem Budget. Das ist unbefriedigend, und es muss ein Mechanismus gefunden werden, um den «Reifegrad» der verschiedenen Projekte genauer vorabklären zu können. Dass es einmal Verschiebungen und Verzögerungen geben kann, ist akzeptabel, aber nur in Massen.

Erfreulich ist die Rückzahlung von CHF 100 Mio. aus den Staatsanleihen.

Das verbleibende Eigenkapital beträgt etwa CHF 154,4 Mio. Resultiert die Staatsrechnung 2010 wie budgetiert wieder mit einem Defizit, müsste bereits die Defizitbremse wirksam werden. Damit es nicht so weit kommt, müssen Massnahmen ergriffen werden, mit denen genügend Eigenkapital geöffnet werden kann. Der SVP-Fraktion liegt es fern, zum jetzigen Zeitpunkt Steuererhöhungen zu fordern. Die Regierung hat mit der Auflösung einer Vorfinanzierung deshalb grundsätzlich richtig gehandelt. Aber man muss sich auch fragen, ob damit die präventive Wirkung und die Ausgabendisziplin, die man sich von der Defizitbremse versprochen hat, nicht einfach ausgehebelt wird. Daran glaubt niemand mehr, denn jetzt heisst es einfach: Wenn kein Geld mehr da ist, werden halt irgendwelche Reserven bzw. Vorfinanzierungen aufgelöst. Das kann so *à la longue* nicht weitergehen.

Die Rückstellung für den Neubau des Bruderholzspitals wurde aufgelöst; es kann darauf gewettet werden, dass das später inständig bedauert wird. Vielleicht sollten ja

gleich auch noch die Rückstellungen für das Schliessen der PK-Deckungslücke aufgelöst werden... Zur Auflösung von Rückstellungen muss ein präziser *modus vivendi* geschaffen werden, der etwas mehr Klarheit bringt.

Schon seit Jahren plagt der stetige Personalausbau die SVP-Fraktion. Auch jetzt wieder liegt ein Ausbau von 97,5 Stellen vor. So kann es schlicht nicht weitergehen; das ist völlig inakzeptabel, und so darf es nicht verwundern, wenn auch längerfristig mit roten Zahlen gerechnet werden muss.

Gesamthaft besteht trotz allem kein Grund zum Hyperventilieren. Aber wenn man den strukturell überlasteten Haushalt nicht in den Griff bekommt und es bei reinen Lippenbekenntnissen bleibt, wird die Lage allmählich ungemütlich. Es geht dem Kanton jedenfalls längst nicht so gut, wie man ursprünglich stets dachte.

Besonders Sorge getragen werden muss den guten Steuerzahlern. Wer die Details kennt, weiss, dass der Kanton Baselland relativ unattraktiv ist für gute Steuerzahler: Die Einkommenssteuern und Vermögenssteuern sind hoch, dazu kommen eine hohe Besteuerung von Kapitalleistungen aus Vorsorge und ein schlechter Kapitalsteuersatz für Unternehmen. Es braucht unbedingt weitere Verbesserungen, und dafür muss der nötige Spielraum geschaffen werden, wie die Regierung richtig erkannt hat.

Bezüglich der Investitionen müssen Prioritäten gesetzt werden. Es können schlicht nicht alle Wünsche erfüllt werden.

Die Konjunkturprognosen sind laut KOF-Angaben bereits wieder nach unten korrigiert worden, also wird der Aufschwung wohl moderater ausfallen als erhofft.

Die SVP-Fraktion stimmt den Anträgen der Finanzkommission zu. Sie empfindet Genugtuung darüber, dass sie in Bezug auf die Defizitbremse die Realität besser eingeschätzt hat als die Regierung.

Marianne Hollinger (FDP) stellt fest, das Defizit von CHF 56 Mio. entspreche rund zwei Prozent des Aufwands. Die Grobanalyse des Defizits ist schnell gemacht: Gegenüber 2008 hat der Aufwand um 3,8 % – programmgemäss – zugenommen, aber gleichzeitig sind die Steuereinnahmen um 5,1 % zurückgegangen. Grund dafür sind aber nicht etwa die durchgeführten Steuersenkungen. Denn die gesenkte Familienbesteuerung und auch die Unternehmenssteuerreform wirken sich auf die Gemeinden genau so aus wie auf den Kanton; und die grosse Mehrheit der Gemeinden hat gute bis ausgezeichnete Rechnungsabschlüsse vorgelegt, die weitgehend auf guten Steuereinnahmen basieren.

Laut der Regierung ist das gesunkene kantonale Volkseinkommen der Grund für das Defizit. Aber auch das trifft ja für die Gemeinden genauso zu. Weshalb also dieser Unterschied zum Kanton? Die Antwort des Regierungsrates, dass es am Abgrenzungsmodus liege, scheint zuzutreffen. Der Kanton grenzt nach anderen Mechanismen ab als die Gemeinden. Es lohnt sich, die längerfristige Entwicklung im Auge zu behalten: Sollte die Abgrenzung tatsächlich eine wesentliche Rolle spielen, sollte dies dem Kanton ja dann in späteren Jahren zugute kommen.

Nichtsdestotrotz ist es ganz wichtig, die Aufgaben und die damit verbundenen Ausgaben stark zu hinterfragen. Bei einer systematischen Aufgaben-Überprüfung wird die FDP die Regierung tatkräftig unterstützen. Mit punktuellen Einzelmassnahmen kann ein struktureller Ausgabenüberschuss nicht korrigiert werden. Man muss dort hinschau-

en, wo systematische Kostensteigerungen verankert sind: Einerseits gehören dazu Verträge, die der Kanton abgeschlossen hat, aber auch das Personalwesen, insbesondere der automatisierte Erfahrungsstufenanstieg und der Teuerungsausgleich. Es geht nicht darum, beim Personal zu sparen, aber die Überlegung, ob solche Automatismen nicht vermehrt durch die Belohnung von Leistungen ersetzt werden sollten, dürfte durchaus angestellt werden. Brutto wurden CHF 209 Mio. investiert. Dieses Geld fliesst direkt in den Wirtschaftskreislauf; das ist gut so. Wichtig ist nun, dass nicht aufgrund der angespannten Finanzlage Investitionen einfach annulliert werden, sondern dass sie strikt priorisiert werden, und zwar nach den Kriterien «Dringlichkeit» und «Return on investment». Dazu gehören vor allem Investitionen in die Standortattraktivität des Kantons: Diese dürfen nicht zurückgefahren, sondern müssen nun ausgelöst werden. Ein attraktiver Kanton kann gute Steuerzahler behalten bzw. anziehen, seien es natürliche oder juristische Personen. Der Kanton steht in einem starken Wettbewerb mit anderen Kantonen, aber auch mit dem nahen Ausland.

Die Umwidmung des Bruderholzspital-Fonds zu einer neuen Konjunkturschwankungsreserve erachtet die FDP-Fraktion als einen richtigen Schritt; so steht dieses Geld im Eigenkapital zur Verfügung. Dafür ist es schliesslich in guten Zeiten zur Seite gelegt worden, so wie es eine gute Hausfrau bzw. ein guter Finanzdirektor tut.

In Sachen Globalbudgets ist der Kanton auf dem richtigen Weg: Unternehmerisches Denken und Handeln soll belohnt werden. Allerdings muss die Systematik schrittweise verfeinert werden fürs Controlling, und auch dem Landrat muss eine weitergehende Mitsprache zugesichert werden. Im Bezug auf die Basellandschaftliche Pensionskasse wartet die FDP-Fraktion gespannt und mit einer gewissen Ungeduld auf den Bericht der entsprechenden Arbeitsgruppe, damit dann wirklich diskutiert werden kann, wie die Kasse zu sanieren ist. Dies kann sich auf künftige Staatsrechnungen entscheidend auswirken.

Insgesamt dankt die freisinnige Fraktion der Finanz- und Kirchendirektion für die gute Arbeit, stimmt der Staatsrechnung zu und blickt der Zukunft mit einer Prise Optimismus entgegen.

Rita Bachmann (CVP) bezeichnet die Rechnung 2009 als «sehr harte Landung». Auch wenn gute Jahre immer wieder von schlechten abgelöst werden, hätte sie auf letztere gerne noch etwas länger gewartet.

Ein Defizit von fast CHF 60 Mio. ist ein unerwartet harter Brocken, obschon gewisse Vorzeichen darauf hingedeutet haben. Ohne einen Minderaufwand von knapp CHF 24 Mio. gegenüber dem Budget wäre die Landung noch um einiges härter ausgefallen. Die Gründe für den massiven Rückgang der Steuereinnahmen auch im Vergleich zu den Gemeinden sind nur teilweise bekannt. Auch die erstmals explizit angewandte Steuerabgrenzungsmethode ist keine genügende Erklärung. Es bleibt dem Landrat nichts anderes übrig, als – wie es der Volksmund so schön sagt – den Gürtel enger zu schnallen.

Die Investitionskosten und der Umfang der kantonalen Aufgaben müssen einer erneuten und sorgfältigen Überprüfung unterzogen werden. Das wird in Anbetracht der getrübbten Aussichten für die nächsten Jahre zu einer Daueraufgabe werden, die hohe Priorität geniessen muss. Obwohl es nicht gerne gehört wird, muss auch die Bildung dazu ihren Beitrag leisten, denn in keinem anderen Be-

reich – auch nicht im Gesundheitswesen – waren über viele Jahre hinweg derart starke Kostensteigerungen hinzunehmen. Auch wenn Baselland im Vergleich mit den Nachbarkantonen steuermässig keinen Spitzenplatz innehat, wird die CVP/EVP-Fraktion allfällige Vorlagen zu Steueroptimierungen bestimmt sehr gründlich hinterfragen. Es ist allerdings davon auszugehen, dass solche Vorhaben so oder so vorläufig auf Eis gelegt werden.

Handlungsbedarf besteht bei den Rückstellungen für Deponien und für die Ausfinanzierung der Deckungslücke der Pensionskasse.

Nicht besonders glücklich stimmt die Auflösung der Vorfinanzierung für das Bruderholzspital zur Äufnung einer Konkurrentenausgleichsreserve. Mit welchem Geld soll ein neues, ausgegliedertes Spital denn einen Neubau finanzieren, wenn gar keine Reserven vorhanden sind?

Die Regierung und die Verwaltung stehen vor grossen Herausforderungen, und ihnen gilt ein grosser Dank dafür, dass sie sich diesen Herausforderungen stellen werden. Die CVP/EVP-Fraktion wird dem Landratsbeschluss selbstverständlich zustimmen.

Isaac Reber (Grüne) hält es für erfreulich, dass auch die CVP Handlungsbedarf erkannt hat, anders als noch bei der letzten Budgetdebatte.

Die vorliegende Rechnung 2009 wirft mehr Fragen auf als dass sie Antworten gibt. Das grösste Fragezeichen ergibt sich beim Blick auf anderen Kantone und auf die Gemeinden: In diesem Vergleich schneidet der Kanton Basel-Landschaft massiv schlecht ab. Die guten Abschlüsse rundherum sind ein Indiz, dass die Konjunktur nicht als Erklärung für den negativen Abschluss herbeigezogen werden kann. Ob es tatsächlich an der Abgrenzung liegt, wird sich spätestens 2010 weisen, wenn dann eigentlich ein positiver Effekt spürbar sein müsste.

Mit Blick auf die Einnahmenseite betonen die Grünen – auch wenn sie im Unterschied zur SP nicht grundsätzlich gegen Steuersenkungen sind –, dass bei den Steuersenkungen in den vergangenen Jahren die Prioritäten falsch gesetzt worden sind. Ein Beispiel ist die wiederholte Senkung der Erbschafts- und Schenkungssteuern: Mit einer Entlastung der Unternehmen wäre man besser beraten gewesen.

Hans-Jürgen Ringgenberg hat einen ganzen Katalog von Kürzungswünschen aufgezählt. Aber fast überall ist das Potenzial in den letzten Jahren schon ausgeschöpft worden; das ist eigentlich schade, denn nicht alles, was er gesagt hat, ist vollständig falsch. *[Heiterkeit]*

Schaut man auf die Aufgabenseite, ist daran zu erinnern, was die Grünen schon seit Jahren sagen, was aber oft nicht verstanden wird: Investitionen sind eine gute Sache, um die Wirtschaft anzukurbeln. Aber Leute, die – wie viele in diesem Saal – glauben, man könne Investitionen tätigen, ohne damit für später laufende Ausgaben zu generieren, sind falsch gewickelt. Investitionen haben immer laufende Ausgaben zur Folge.

Die Grünen haben im Dezember 2009 an einer Medienorientierung aufgezeigt, wo nach ihrer Auffassung der Schuh drückt und wo der Hebel anzusetzen wäre. Ihnen macht nicht in erster Linie die Rechnung 2009 Sorgen, sondern die mittel- und längerfristige Entwicklung der Finanzen in diesem Kanton. Sie sind eindeutig der Auffassung, dass Handlungsbedarf besteht. Ihre Vorschläge liegen auf dem Tisch, und der Rat wäre gut beraten, wenn er sie einmal etwas genauer anschauen würde.

Sehr merkwürdig findet die grüne Fraktion die Auflösung der Rückstellungen fürs Bruderholzspital. Es ist unverständlich, dass man, nachdem man CHF 300 Mio. für ein – nebenbei bemerkt: überrißenes – Projekt verplant, gleichzeitig der Finanzierung den Boden entzieht. Solches Handeln ist schlicht inkonsequent.

Die Absicht hinter der neu geschaffenen Konjunkturschwankungsreserve ist klar. Die Grünen sind der Auffassung, dass die Defizitbremse funktioniert und bereits Wirkung gezeigt hat. Allerdings kann man dies nicht allzu oft wiederholen. Dann wird man nämlich plötzlich vor der unangenehmen Frage stehen, was man nun tun soll, um die Finanzen wieder ins Lot zu bringen.

Die Rückstellung für die Altlastensanierung ist absolut ungenügend; sie müsste, wollte man seriös in die Zukunft blicken, unbedingt aufgestockt werden.

Die Haltung der Grünen lautet wie folgt: Die für den Kanton wenig vorteilhafte Staatsrechnung 2009 muss abgehakt werden, und in Zukunft muss man es besser machen.

Regierungsrat **Adrian Ballmer** (FDP) schlägt vor, dass die zahlreichen Finanzpolitiker im Landrat sich auch gelegentlich zu anderen Themen – insbesondere zu Wünschen des Parlaments, die es zu erfüllen gilt – zu Wort melden sollten.

2009 bescherte dem Kanton ausserordentliche Verhältnisse mit der Finanz- und Wirtschaftskrise. Die Rechnung ist entsprechend ausgefallen. Aber weil die Gründe bekannt sind, ist das nicht alarmierend. Unruhiger stimmt die Erwartungsrechnung 2010 mit einem Minus von CHF 128 Mio.

Die Steuererträge 2009 sind periodengerecht abgerechnet: Die Rezession ist damit verbucht, anders als in vielen anderen Kantonen und in vielen Gemeinden, welche die Einnahmen von 2008 erst 2009 verbucht haben. Das wissen alle, aber es wird trotzdem immer wieder falsch dargestellt.

Zu Ruedi Brassels Votum passt der Witz, wie man Affen fängt: Man stecke eine Dattel in eine Flasche. Der Affe fasst in die Flasche, und sobald er die Dattel in die Hand nimmt, bekommt er sie nicht mehr aus der Flasche, denn der Affe ist gierig und nicht so schlau, dass er die Dattel wieder loslässt. – Steuern sind, das muss man einfach zur Kenntnis nehmen, ein Wettbewerbsfaktor. Will man eine nachhaltige Finanzpolitik betreiben, muss man sich überlegen, ob die Steuerhöhe im Vergleich zu anderen Kantonen vernünftig ist oder nicht. Man darf das nicht nur statisch anschauen, sondern man muss es auch dynamisch, auf die Zukunft ausgerichtet betrachten. Deshalb wird auch künftig immer wieder über die Höhe der Steuern diskutiert werden; der Kanton ist noch nicht in allen Belangen wettbewerbsfähig.

Zum von Hans-Jürgen Ringgenberg angesprochenen Stellenwachstum ist festzuhalten, dass dieses in jenen Bereichen, für die der Regierungsrat verantwortlich ist, über die Jahre sehr moderat ausgefallen ist. Sorge bereitet daher nicht primär das Stellenwachstum, sondern das Wachstum von Aufgaben und Wünschen. Denn zusätzliche Aufgaben führen zu zusätzlichem Personal- oder Sachaufwand. Die Aufgaben sind die Eier, die zu neuen Hühnern führen! Deshalb sollten sich doch bitte die Finanzpolitiker/innen jeweils dann melden, wenn es um neue Eier geht.

Immerhin steht der Kanton Basel-Landschaft weiterhin

recht gut da, was ein Beleg ist dafür, dass in der Vergangenheit durchaus vernünftige Finanzpolitik betrieben worden ist: Schulden wurden markant und stetig abgebaut – auch im Jahr 2009 –, es gibt solide Bonitätsratings – nicht nur von Standard & Poor's –, der Kanton gehört zu den ressourcenstärksten in der Schweiz und zu den NFA-Nettozahlern, und er verfügt über eine hohe Standortqualität. Wichtig ist, dass man dieses Niveau zu halten versucht. Dafür darf man aber nicht weiter über die Verhältnisse planen. Es gilt § 129 Absatz 3 der Kantonsverfassung zu beachten:

Alle Aufgaben und Ausgaben sind vor der entsprechenden Beschlussfassung und in der Folge periodisch auf ihre Notwendigkeit und Zweckmässigkeit sowie auf ihre finanziellen Auswirkungen und deren Tragbarkeit hin zu prüfen.

Diesen Grundsatz zu beherzigen, wird in Zukunft ganz wichtig sein: Die Wünsche müssen reduziert und dürfen nicht mehr priorisiert werden, und der ordentliche Nettoaufwand muss wieder auf ein langfristig tragbares Niveau gesenkt werden.

://: Eintreten ist unbestritten.

– *Detailberatung Staatsrechnung*

://: Auf eine Detailberatung der Staatsrechnung wird verzichtet.

– *Detailberatung Landratsbeschluss*

Keine Wortbegehren.

– *Rückkommen*

Es wird kein Rückkommen verlangt.

– *Schlussabstimmung*

://: Der Landrat stimmt dem Landratsbeschluss betreffend Staatsrechnung 2009 einstimmig zu.
[Namenliste einsehbar im Internet; 12.07]

Landratsbeschluss betreffend Staatsrechnung 2009

vom 24. Juni 2010

Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft beschliesst:

1. Die Staatsrechnung 2009, bestehend aus der Verwaltungsrechnung (Laufende Rechnung, Investitionsrechnung), der Bestandesrechnung sowie den Rechnungen der Fonds und Stiftungen, wird genehmigt.
2. Vom Bericht der Finanzkontrolle zur Staatsrechnung 2009 wird Kenntnis genommen.
3. Die Überführung der Beteiligung an der Interkantonalen Lehrmittelzentrale zum Buchwert von 1 Franken vom Finanzvermögen in das Verwaltungsvermögen wird genehmigt.
4. Der Landratsbeschluss vom 16. Dezember 1943' betreffend Errichtung einer Sparkasse für das Aushilfspersonal der Staatsverwaltung sowie der "Unterstützungsfonds Sparkasse Hilfspersonal" (Fonds 8050) werden aufgehoben.

5. *Der Prämien-Fonds 8163 wird aufgehoben.*
6. *Der Fonds 8040 Neubau Kantonsspital Bruderholz (Vorfinanzierung) wird um 220 Mio. Franken reduziert, vorbehältlich des fakultativen Volksreferendums gemäss § 31 Absatz 1b der Verfassung des Kantons Basel-Landschaft.*
7. *Die Zuweisung von 220 Mio. Franken in den Konjunkturausgleichsfonds wird genehmigt, vorbehältlich des fakultativen Volksreferendums gemäss § 31 Absatz 1b der Verfassung des Kantons Basel-Landschaft.*
8. *Das Postulat 2009-304 von Hans-Jürgen Ringgenberg, SVP-Fraktion: "Bessere Offenlegung des freien und zweckgebundenen Eigenkapitals" wird als erledigt abgeschrieben.*

Für das Protokoll:

Alex Klee-Bölckow, Landeskanzlei

*

Nr. 2038

Mitteilungen

- *Verabschiedung von Landrat Walter Ackermann*

Landratspräsident **Hanspeter Frey** (FDP) verabschiedet Landrat Walter Ackermann, der per Ende Juni 2010 aus dem Parlament zurücktritt. Er ist am 1. September 2007 in den Landrat nachgerückt. Während seiner Landratszeit war er Mitglied der Geschäftsprüfungskommission, die er im Rücktrittsschreiben als die wichtigste Kommission bezeichnet hat.

Walter Ackermann gebührt für seinen Einsatz zugunsten des Gemeinwesens recht herzlicher Dank. Alles Gute, viele schöne Stunden in der neu gewonnenen Freizeit, gute Gesundheit und Wohlergehen! *[Applaus]*

- *Verabschiedung von Landrätin Elsbeth Schmied*

Landratspräsident **Hanspeter Frey** (FDP) verabschiedet Landrätin Elsbeth Schmied, die per Ende Juni 2010 aus dem Parlament zurücktritt. Sie gehörte dem Landrat seit dem 1. Juli 1999 an. Gesundheitliche Gründe zwingen sie nun zum Rücktritt. Seit dem Beginn ihrer Parlamentszugehörigkeit war sie Mitglied der Bildungs-, Kultur- und Sportkommission und seit neun Jahren Mitglied der Petitionskommission. Ihre Schwerpunkte lagen bei der Bildung und der Kultur, wo sie sich immer sehr aktiv einbrachte. Auch die Themen der Petitionskommission lagen ihr am Herzen, standen dabei doch immer Menschen im Mittelpunkt. Aber was ist das alles, wenn einem die Gesundheit einen Strich durch die Rechnung macht?

Der Landratspräsident dankt Elsbeth Schmied für ihren Einsatz zugunsten des Gemeinwesens. Vor allem wünscht er ihr aber viel Kraft für eine erfolgreiche Genesung, viele freudige Stunden und alles Gute. *[Applaus]*

- *Verabschiedung von Landrätin Rita Bachmann*

Landratspräsident **Hanspeter Frey** (FDP) verabschiedet Landrätin Rita Bachmann, die per Ende Juni 2010 aus dem Parlament zurücktritt und die er als politisches Schwergewicht bezeichnet. Sie ist 1996 in den Landrat gekommen. Rita Bachmann hat in acht Kommissionen

mitgearbeitet, aber ihr Schwerpunkt lag bei der Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission, die sie vom 1. Juli 1999 bis 30. Juni 2007 präsidierte. Ihre fundierten Voten und Anträge stiessen stets auf Gehör, insbesondere zu gesundheits- und familienpolitischen Themen.

Ob für sie jetzt eine gemächlichere Zeit anbricht, steht in den Sternen; aber zu hoffen ist, dass Rita Bachmann viel Zeit ihren drei Enkeln widmen kann. Ihr gebührt herzlicher Dank für das grosse Engagement zugunsten der Allgemeinheit und für ihre Kollegialität. – Alles Gute, gute Gesundheit und Wohlergehen! *[Applaus]*

- *Schlussansprache des Landratspräsidenten*

Landratspräsident **Hanspeter Frey** (FDP) hält folgende Schlussansprache zum Ende seines Präsidialjahres:

«Geschätzte Kolleginnen und Kollegen Landrätinnen und Landräte

Herr Regierungspräsident Urs Wüthrich

Frau Regierungsrätin Sabine Pegoraro

Herren Regierungsräte Ballmer, Krähenbühl und Zwick

Geschätzte Mitarbeitende der Landeskanzlei

Werte Medienvertreter

Geschätzte Gäste

Als erstes möchte ich allen, die heute Morgen gewählt worden sind, herzlich gratulieren und ihnen viel Erfolg und Freude im neuen Amt wünschen.

Auch ein Landratspräsidialjahr hat 365 Tage; in sechs Tagen sind diese 365 Tage erreicht. Es war eine wunderbare Zeit, die ich in diesen 365 Tagen erleben durfte. Das Landratspräsidium bietet viele Gelegenheiten, sich im Kanton, aber auch im Nachbarkanton oder im nahen Ausland mit Menschen, mit Organisationen mit politischen Meinungsmachern zu treffen und auszutauschen. Ich kann auf viele, tolle Momente und schöne, interessante Begegnungen zurückblicken. Dafür besten Dank!

Als Sie mich vor einem Jahr in das Amt wählten, war für mich eines klar: Eine meiner Aufgaben als Landratspräsident wird es sein, Verbindungen zu schaffen, ein Bindeglied zur Bevölkerung zu sein und damit Brücken zu schlagen. Das Motto lautete «Brücken schlagen»: Brücken verbinden, Brücken überwinden Gräben, über Brücken kann man gehen, aufeinander zu gehen. Brücken stehen auf Fundamenten, so wie der Kanton Baselland auf einem starken, tragfähigen Fundament steht.

Bei all den Begegnungen – ob im Baselbiet oder in Basel-Stadt – habe ich erfahren, dass wir in unserer Region aufeinander zugehen sollten, ja müssten. Wir alle wollen ja eine starke Region. Unserem Kanton steht eine Führungsrolle zu. Baselland hat die Stärke, hat das Selbstvertrauen und die eigene Identität, die führende Rolle in unserer Region zu übernehmen. Baselland hat sich in 177 Jahren von einem Bauernland zu einem hochstehenden Wirtschaftskanton mit internationaler Ausstrahlung entwickelt. Aber diese Führungsrolle kann man nur ausüben, wenn man bereit ist, grenzüberschreitende Kooperationen zu schaffen und Mitverantwortung für die gesamte Region zu übernehmen.

Für gemeinsame Ziele, für einzelne Projekte und Aufgaben, die die Region, insbesondere aber die beiden Basel betreffen – z.B. in Verkehrsfragen, bei der Gesundheit oder der Wirtschaft –, sollten wir temporäre Planerger-

meinschaften aufbauen, um die Stärke nach aussen zu dokumentieren, ohne dabei die eigene Identität aufzugeben. Damit könnten die stetigen Forderungen nach Abgeltungen für Zentrumsleistungen von unserem Nachbarn eingedämmt werden: Man plant ja gemeinsam.

Der Kanton Baselland ist ein top aufgestellter Kanton und ein verlässlicher Partner für Wirtschaft und Sozialpartner. Darum müssen wir die Gesetze, Verordnungen, Vorschriften, Reglemente durchforsten, denn sie bilden die Leitplanken in unserem Gemeinwesen.

Die Leitplanken dürfen aber nicht dazu führen, dass sie einengen und die Entfaltungsmöglichkeit der Bevölkerung, die Innovation des Gewerbes, der Dienstleistungen und der Wirtschaft beeinträchtigen. Wir müssen die Rahmenbedingungen schaffen für den Erhalt der Freiräume, für die Förderung der Wirtschaft. Dazu braucht es die Überarbeitung von Gesetzen, Verordnungen, Vorschriften, Reglementen. Es braucht eine dienstleistungsorientierte schlanke Verwaltung, die für den Kunden da ist.

Also: Wir bauen keine Mauern auf, wir sind offen, wir stehen mit Selbstbewusstsein auf dem Teppich, im Zentrum. Und jetzt noch ein paar Gedanken zum Ratsbetrieb: Es ist schön festzustellen, wie engagiert, wie motiviert und mit wieviel Herzblut im Landrat debattiert wird und dass Ihr alle nie den Anstand, nie die gegenseitige Achtung, nie den gegenseitigen Respekt verliert.

Die Debatten sind sachkundig und fundiert; Ausnahmen bestätigen die Regel. Und dass dabei auch die Prise Ironie und Witz nicht fehlt, ist toll. Weiter ist es schön zu sehen, dass man nicht in einem leeren Saal sitzt.

Aber trotzdem haben wir einen kleinen, sicher keinen staatstragenden «Dollgen» im Reinheft: Vor einem Jahr waren 140 Vorstösse hängig. In diesem Amtsjahr sind 242 persönliche Vorstösse eingereicht worden, abgebaut haben wir 178 Vorstösse. Aktueller Stand also: 197 hängige Vorstösse (ohne die heute Morgen eingereichten neuen Vorstösse). Wir schieben einen grossen Pendenzenberg von persönlichen Vorstössen vor uns hin. Wir reden zwar davon, ihn – den Pendenzenberg – abzubauen, aber dann, eben dann – reden wir und beauftragen die Spezialkommission Parlament und Verwaltung damit, Vorschläge zu bringen. Dieser kleine «Dolgggen» tut aber dem guten Eindruck vom Landrat keinen Abbruch.

Jetzt bleibt mir noch Dankeschön zu sagen: Liebe Landratskolleginnen und -kollegen, danken möchte ich Euch, dass Ihr mir vertraut und mich vor einem Jahr in das hohe Amt gewählt habt, ein Jahr lang habt ihr mich unterstützt und Nachsicht geübt, wenns mal schief ging.

Danken möchte ich aber auch meiner Fraktion, dass sie mir die Chance gab, das schöne, unvergessliche Jahr erleben zu dürfen. Den Mitgliedern des Büros und der Ratskonferenz danke ich für die kollegiale Unterstützung. Der Dank geht aber auch an die Regierung für die angenehme Zusammenarbeit und persönlich an Regierungspräsident Urs Wüthrich; wir hatten einige gemeinsame Stunden bei Auftritten – es war immer kollegial.

Ein grosser Dank geht aber auch an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landeskanzlei – allen voran an Landeschreiber Walter Mundschein –, die mir in unterschiedlichsten Fragen und Funktionen zur Seite standen. Ohne die Erfahrung, die Sachkenntnis und die Unterstützung wäre dieses Amt einiges schwieriger. Kurz: Die Leistungen der Landeskanzlei sind top.

Danken möchte ich auch den Medien; sie waren mir wohlwollend gesinnt.

Ich wünsche Euch allen alles Gute, viel Glück gute Gesundheit und Wohlergehen. Der Baselbieter Kirschensaft und das Änisbrötli sind ein kleines Präsenz als Stärkung oder als Apéro vor dem Fraktionsausflug.

Das Jahr hat mir Freude gemacht – vielen, vielen Dank!»
[Applaus]

Regierungspräsident **Urs Wüthrich** (SP) würdigt den abtretenden Landratspräsidenten Hanspeter Frey mit folgenden Worten:

«Herr Landratspräsident, lieber Hanspeter Frey
Geschätzte Kolleginnen und Kollegen
Liebe Gäste

[Auf den Bildschirmen wird ein Foto eingeblendet, das Hanspeter Frey in einem T-Shirt mit der Aufschrift 'Wir sind dann mal oben' zeigt.]

Hanspeter Frey hat es geschafft: Ein ganzes Jahr war er ganz oben. Heute habe ich die Ehre, den abtretenden Landratspräsidenten von seinem Thron, auf dem er jetzt noch sitzt, zu verabschieden.

Eigentlich braucht es dazu fünf Regierungsmitglieder. Schliesslich hat Hanspeter Frey in allen Politikbereichen Präsenz markiert: Freundlich, überzeugend, aufmerksam und kompetent, am Chienbäse genauso wie an den Swiss Indoors, an der Tour de Suisse genauso wie am Jubiläumsfest der Uni Basel.

Bei seinen zahlreichen Auftritten hat Hanspeter Frey nicht nur Reden geschwungen, sondern auch Fahnen für viele Besucherinnen und Besucher – der absolute Höhepunkt des Jodlerfests in Allschwil.

Hanspeter Frey hat seinen Aktionsradius nicht auf den Kanton Basel-Landschaft beschränkt. Am Nachbarschaftstreffen in Freiburg im Breisgau und der Regiomesse in Lörrach zeigte sich Hanspeter Frey genauso wie bei zahlreichen Anlässen in der Stadt. Soweit wie Hanspeter Frey hat es bisher noch kein Landratspräsident und keine Landratspräsidentin gebracht: An der Weltausstellung in Shanghai hat der Landratspräsident als Visitenkarte des Baselbiets der Weltöffentlichkeit die Grenze zwischen Allschwil und Basel-Stadt erklärt. Dass bei dieser Gelegenheit eine Städtepartnerschaft Allschwil-Shanghai besiegelt wurde, ist mir nicht bekannt. Ganz steil herausgekommen wäre unser Landratspräsident natürlich, wenn er im Rahmen seines Kurzaufenthalts noch die Schweizer Sesselbahn wieder in Schwung gebracht hätte.

Hanspeter Frey hat sein Präsidialjahr als Berufspolitiker im Rahmen eines Vollamtes gelebt. Trotz seines Dauereinsatzes war immer klar: Hanspeter Frey macht das gerne. Für seine Präsenz, für die umsichtige Sitzungsleitung und für seine Freundlichkeit und Kollegialität danke ich Hanspeter Frey im Namen des Regierungsrates ganz herzlich.» [Applaus]

[Der Regierungspräsident überreicht Hanspeter Frey ein Glaskunstwerk als Dank für sein Präsidialjahr.]

– *Schluss der Sitzung*

Landratspräsident **Hanspeter Frey** (FDP) dankt den Anwesenden fürs lange Ausharren, erinnert an die gleich folgende Büro-Sitzung, wünscht allen einen schönen Nachmittag und Abend in Allschwil und schliesst die letzte Landratssitzung des Amtsjahres 2009/2010 um 12:30 Uhr.

Für das Protokoll:

Alex Klee, Landeskanzlei

*

Die nächste Landratssitzung findet statt am

9. September 2010

Für die Richtigkeit des Protokolls

Im Namen des Landrats

die Präsidentin:

der Landschreiber: